

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/3419 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung der Qualität der Abschlussprüfung (Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG)

A. Problem

Die Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 betreffend internationale Rechnungslegungsstandards (sog. IAS-Verordnung), die sog. Schwellenwertrichtlinie 2003/38/EG, die sog. Fair-Value-Richtlinie 2001/65/EG, die sog. Modernisierungsrichtlinie 2003/51/EG, die EU-Kommissionsempfehlung über Unabhängigkeitsregeln für Abschlussprüfer, die Empfehlungen der deutschen Corporate-Governance-Kommission sowie der sog. Zehn-Punkte-Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Stärkung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes vom 25. Februar 2003 erfordern Gesetzesänderungen auf den Gebieten des Bilanzrechts und des Rechts der Abschlussprüfer. Ziel ist es, im Hinblick auf die aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Kapitalmärkte und der internationalen Rechnungslegungsstandards das Vertrauen in die Aussagekraft von Unternehmensabschlüssen und die Unabhängigkeit und Objektivität sowie das Testat des Abschlussprüfers zu stärken und entsprechende Vorgaben des europäischen Bilanzrechts in nationales Recht umzusetzen.

B. Lösung

Die Lösung besteht in einer Änderung insbesondere des deutschen Bilanzrechts im Handelsgesetzbuch, vor allem im Hinblick auf die Konzernrechnungslegung und die gesetzliche Abschlussprüfung. Der Gesetzentwurf fügt sich ein in ein Gesamtpaket verschiedener Maßnahmen mehrerer Ressorts der Bundesregierung, von denen dieser Gesetzwurf ein wichtiger Teil ist.

Der Rechtsausschuss hat bei seinen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf einige Änderungen beschlossen. Folgende Änderungen sind wesentlich:

1. Änderung der Bestimmungen zur Unabhängigkeit der Abschlussprüfer (§§ 319, 319a HGB) unter teilweiser Berücksichtigung der Anliegen des Bundesrates mit folgenden Schwerpunkten:
 - a) Erstreckung der Ausschlussgründe für Abschlussprüfer auch auf deren Ehegatten und Lebenspartner (§ 319 Abs. 3 Satz 2, § 319a Abs. 1 Satz 2 HGB) und auf bestimmte Gesellschafterverhältnisse (§ 319 Abs. 4 Satz 2 HGB);

- b) Streichung des Ausschlussgrundes der gerichtlichen Vertretung (§ 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 HGB in der Fassung des Regierungsentwurfs);
 - c) Verlängerung der Dauer der internen Rotation von fünf auf sieben Jahre und Einführung einer sog. Abkühlungsphase von drei Jahren, nach deren Ablauf der rotierende Abschlussprüfer das frühere Mandat wieder aufnehmen darf (§ 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HGB in der Fassung des Regierungsentwurfs);
 - d) vollständige Befreiung der nicht kapitalmarktorientierten Banken, Versicherungen und anderen Finanzdienstleistungsinstitute von der Anwendung der besonderen Ausschlussgründe des § 319a HGB durch Streichung von § 319a Abs. 1 Satz 5 HGB;
 - e) Schaffung einer Sonderregelung für genossenschaftliche Prüfungsverbände sowie Prüfungsstellen eines Sparkassen- und Giroverbandes, wonach die Unabhängigkeitsanforderungen der §§ 319, 319a HGB nicht für den gesamten Prüfungsverband bzw. die Prüfungsstelle als solche, sondern nur für die bei der Prüfung mitwirkenden Personen gelten (§ 340k HGB, Artikel 25 EGHGB);
 - f) Ergänzung der Übergangsregelung für die Anwendung der Unabhängigkeitsregeln der §§ 319, 319a HGB unter Verlängerung der Übergangsfristen insbesondere im Hinblick auf langjährige Beratungsverhältnisse (Artikel 58 Abs. 4 EGHGB).
2. Änderung der Bilanzierungsvorschriften
- a) Beschränkung der Pflicht zur Angabe der Abschlussprüferhonorare im Bilanzanhang auf Unternehmen, die einen organisierten Kapitalmarkt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG in Anspruch nehmen (§§ 285, 314 HGB);
 - b) Streichung der Pflicht zur Darstellung der „wesentlichen Ziele und Strategien“ des Unternehmens im Lagebericht (§§ 289, 315 HGB);
 - c) Erweiterung des Wahlrechts zur befreienden Aufstellung von Konzernabschlüssen nach IAS/IFRS auf nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen für Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2003 (Artikel 58 Abs. 3 Satz 5 EGHGB).

Die übrigen Änderungen sind eher technischer und redaktioneller Art.

Einstimmige Annahme in geänderter Fassung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3419 – in der aus der nachstehenden
Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 27. Oktober 2004

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim)
Vorsitzender

Olaf Scholz
Berichterstatter

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

Rainer Funke
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung der Qualität der Abschlussprüfung
(Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG)
mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

**Entwurf eines
Gesetzes zur Einführung internationaler
Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung
der Qualität der Abschlussprüfung
(Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG)***

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

| | |
|------------|---|
| Artikel 1 | Änderung des Handelsgesetzbuchs |
| Artikel 2 | Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche |
| Artikel 3 | Änderung des Publizitätsgesetzes |
| Artikel 4 | Änderung des Aktiengesetzes |
| Artikel 5 | Änderung des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz |
| Artikel 6 | Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung |
| Artikel 7 | Änderung des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften |
| Artikel 8 | Änderung sonstigen Bundesrechts |
| Artikel 9 | Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang |
| Artikel 10 | Inkrafttreten |

**Entwurf eines
Gesetzes zur Einführung internationaler
Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung
der Qualität der Abschlussprüfung
(Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG)***

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

| | |
|------------|-------------|
| Artikel 1 | unverändert |
| Artikel 2 | unverändert |
| Artikel 3 | unverändert |
| Artikel 4 | unverändert |
| Artikel 5 | unverändert |
| Artikel 6 | unverändert |
| Artikel 7 | unverändert |
| Artikel 8 | unverändert |
| Artikel 9 | unverändert |
| Artikel 10 | unverändert |

*) Dieses Gesetz dient

- in Artikel 1 Nr. 3 und 12 (§ 267 Abs. 1 und 2, § 293 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs) der Umsetzung der Richtlinie 2003/38/EG des Rates vom 13. Mai 2003 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich der in Euro ausgedrückten Beträge (ABl. EU Nr. L 120 S. 22) und
- in Artikel 1 Nr. 9 Buchstabe a und c, Nr. 10 Buchstabe b, Nr. 14, 19 Buchstabe a, Nr. 27, 29 Buchstabe c, Nr. 31 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb, Nr. 39 und 41 (§ 289 Abs. 1, 3, § 291 Abs. 3, §§ 295, 315 Abs. 1, §§ 322, 325 Abs. 3a, § 328 Abs. 2 Satz 3, § 340a Abs. 1 und § 340j des Handelsgesetzbuchs) der Umsetzung von Artikel 1 Nr. 14, 16 bis 18, Artikel 2 Nr. 4, 6, 10 und 11 sowie Artikel 3 Nr. 1 der Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG, 83/349/EWG, 86/635/EWG und 91/674/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, von Banken und anderen Finanzinstituten sowie von Versicherungsunternehmen (ABl. EU Nr. L 178 S. 16) sowie außerdem
- in Artikel 1 Nr. 5 bis 8, 9 Buchstabe b, Nr. 18, 19 Buchstabe b, Nr. 20 und 29 (§ 285 Satz 1 Nr. 18, 19, Satz 2 bis 5, §§ 286, 287, 288 Satz 1, § 289 Abs. 2 Nr. 2, § 314 Abs. 1 Nr. 10, 11, § 315 Abs. 2 Nr. 2, § 315a Abs. 2 und § 325 Abs. 2a Satz 4 des Handelsgesetzbuchs) der Umsetzung von Artikel 1 Nr. 1 (teilweise), 2 Buchstabe b, Nr. 3, 4, von Artikel 2 Nr. 2 Buchstabe b (Artikel 34 Nr. 15), Nr. 3 und Artikel 4 (teilweise) der Umsetzung der Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG, 83/349/EWG und 86/635/EWG des Rates im Hinblick auf die im Jahresabschluss bzw. im konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen und von Banken und anderen Finanzinstituten zulässigen Wertansätze (ABl. EU Nr. L 283 S. 28).

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 1

Artikel 1

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 257 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Jahresabschlüsse,“ die Wörter „Einzelabschlüsse nach § 325 Abs. 2a,“ eingefügt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „der Eröffnungsbilanzen, Jahresabschlüsse und der Konzernabschlüsse“ durch die Wörter „der Eröffnungsbilanzen und Abschlüsse“ ersetzt.
 - c) In Absatz 5 werden nach dem Wort „festgestellt,“ die Wörter „der Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder“ eingefügt.
2. In § 264b Nr. 2 werden nach der Angabe „(Abl. EG Nr. L 126 S. 20)“ die Wörter „in ihren jeweils geltenden Fassungen“ eingefügt.
3. § 267 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „3 438 000 Euro“ durch die Angabe „4 015 000 Euro“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „6 875 000 Euro“ durch die Angabe „8 030 000 Euro“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „13 750 000 Euro“ durch die Angabe „16 060 000 Euro“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „27 500 000 Euro“ durch die Angabe „32 120 000 Euro“ ersetzt.
4. In § 271 Abs. 2 letzter Teilsatz wird die Angabe „§ 295 oder“ gestrichen.
5. § 285 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 16 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummern 17 bis 19 werden angefügt:

„17. für den Abschlussprüfer im Sinne des § 319 Abs. 1 Satz 1, 2, *bezogen auf* das Geschäftsjahr, *das vereinbarte* Honorar für

 - a) die Abschlussprüfung,
 - b) sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen,
 - c) Steuerberatungsleistungen,
 - d) sonstige Leistungen;
 18. für jede Kategorie derivativer Finanzinstrumente
 - a) Art und Umfang der Finanzinstrumente,

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. § 285 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 16 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummern 17 bis 19 werden angefügt:

„17. **soweit es sich um ein Unternehmen handelt, das einen organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in Anspruch nimmt**, für den Abschlussprüfer im Sinne des § 319 Abs. 1 Satz 1, 2 das **im** Geschäftsjahr **als Aufwand erfasste** Honorar für

 - a) unverändert
 - b) unverändert
 - c) unverändert
 - d) unverändert
 18. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- b) der beizulegende Zeitwert der betreffenden Finanzinstrumente, soweit sich dieser gemäß den Sätzen 3 bis 5 verlässlich ermitteln lässt, unter Angabe der angewandten Bewertungsmethode sowie eines gegebenenfalls vorhandenen Buchwerts und des Bilanzpostens, in welchem der Buchwert erfasst ist;
19. für zu den Finanzanlagen (§ 266 Abs. 2 A. III.) gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, da insoweit eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 unterblieben ist:
- a) der Buchwert und der beizulegende Zeitwert der einzelnen Vermögensgegenstände oder angemessener Gruppierungen sowie
- b) die Gründe für das Unterlassen einer Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 einschließlich der Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.“
- b) Folgende Sätze werden angefügt:
- „Als derivative Finanzinstrumente im Sinne des Satzes 1 Nr. 18 gelten auch Verträge über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren, bei denen jede der Vertragsparteien zur Abgeltung in bar oder durch ein anderes Finanzinstrument berechtigt ist, es sei denn, der Vertrag wurde geschlossen, um einen für den Erwerb, die Veräußerung oder den eigenen Gebrauch erwarteten Bedarf abzusichern, sofern diese Zweckwidmung von Anfang an bestand und nach wie vor besteht und der Vertrag mit der Lieferung der Ware als erfüllt gilt. Der beizulegende Zeitwert im Sinne des Satzes 1 Nr. 18 Buchstabe b, Nr. 19 entspricht dem Marktwert, sofern ein solcher ohne weiteres verlässlich feststellbar ist. Ist dies nicht der Fall, so ist der beizulegende Zeitwert, sofern dies möglich ist, aus den Marktwerten der einzelnen Bestandteile des Finanzinstruments oder aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstruments abzuleiten, andernfalls mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden zu bestimmen, sofern diese eine angemessene Annäherung an den Marktwert gewährleisten. Bei der Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden sind die tragenden Annahmen anzugeben, die jeweils der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zugrunde gelegt wurden. Kann der beizulegende Zeitwert nicht bestimmt werden, sind die Gründe dafür anzugeben.“
6. § 286 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 285 Nr. 4“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 11 und 11a“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 11 und 11a“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 285 Nr. 9 Buchstabe a und b“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a und b“ ersetzt.
19. unverändert
- b) unverändert
6. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

7. In § 287 wird die Angabe „§ 285 Nr. 11 und 11a“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 11 und 11a“ ersetzt.

7. unverändert

8. § 288 wird wie folgt gefasst:

8. unverändert

„§ 288
Größenabhängige Erleichterungen

Kleine Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 brauchen die Angaben nach § 284 Abs. 2 Nr. 4, § 285 Satz 1 Nr. 2 bis 8 Buchstabe a, Nr. 9 Buchstabe a und b sowie Nr. 12, 17 und 18 nicht zu machen. Mittlere Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 2 brauchen die Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 4 nicht zu machen.“

9. § 289 wird wie folgt geändert:

9. § 289 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner *sind* im Lagebericht *die wesentlichen Ziele und Strategien der gesetzlichen Vertreter für die Kapitalgesellschaft zu beschreiben sowie* die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.“

„(1) Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner *ist* im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.“

b) Absatz 2 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

b) unverändert

„2. a) die Risikomanagementziele und -methoden der Gesellschaft einschließlich ihrer Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen, die im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfasst werden, sowie

b) die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist,

jeweils in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten durch die Gesellschaft und sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist;“.

c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

c) unverändert

„(3) Bei einer großen Kapitalgesellschaft (§ 267 Abs. 3) gilt Absatz 1 Satz 3 entsprechend für nicht-finanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind.“

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

10. § 291 wird wie folgt geändert:
10. unverändert
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 Nr. 1 wird die Angabe „der §§ 295, 296“ durch die Angabe „des § 296“ ersetzt.
- bb) In Satz 1 Nr. 2 werden nach der Angabe „(ABl. EG Nr. L 126 S. 20)“ die Wörter „in ihren jeweils geltenden Fassungen“ eingefügt.
- cc) In Satz 2 zweiter Halbsatz werden nach der Angabe „(ABl. EG Nr. L 374 S. 7)“ die Wörter „in ihren jeweils geltenden Fassungen“ eingefügt.
- b) Absatz 3 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. von dem zu befreienden Mutterunternehmen ausgegebene Wertpapiere am Abschlussstichtag in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel an einem geregelten Markt im Sinne des Artikels 1 Nr. 13 der Richtlinie 93/ 22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen (ABl. EG Nr. L 141 S. 27), die zuletzt durch Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 (ABl. EG 2003 Nr. L 35 S. 1) geändert worden ist, in ihrer jeweiligen Fassung zugelassen sind, oder“.
11. § 292a wird aufgehoben.
11. unverändert
12. § 293 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
12. unverändert
- a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Buchstabe a wird die Angabe „16 500 000 Euro“ durch die Angabe „19 272 000 Euro“ ersetzt.
- bb) In Buchstabe b wird die Angabe „33 000 000 Euro“ durch die Angabe „38 544 000 Euro“ ersetzt.
- b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Buchstabe a wird die Angabe „13 750 000 Euro“ durch die Angabe „16 060 000 Euro“ ersetzt.
- bb) In Buchstabe b wird die Angabe „27 500 000 Euro“ durch die Angabe „32 120 000 Euro“ ersetzt.
13. § 294 wird wie folgt geändert:
13. unverändert
- a) In Absatz 1 wird die Angabe „den §§ 295, 296“ durch die Angabe „§ 296“ ersetzt.
- b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Nach dem Wort „Jahresabschlüsse,“ werden die Wörter „Einzelabschlüsse nach § 325 Abs. 2a,“ eingefügt.
- bb) Die Wörter „Prüfung des Jahresabschlusses oder des Konzernabschlusses“ werden durch das Wort „Abschlussprüfung“ ersetzt.

Entwurf

14. § 295 wird aufgehoben.
15. § 297 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Der Konzernabschluss besteht aus der Konzernbilanz, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzernanhang, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalspiegel. Er kann um eine Segmentberichterstattung erweitert werden.“
16. § 298 Abs. 3 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
„Aus dem zusammengefassten Anhang muss hervorgehen, welche Angaben sich auf den Konzern und welche Angaben sich nur auf das Mutterunternehmen beziehen.“
17. In § 313 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 wird die Angabe „nach den §§ 295, 296“ durch die Angabe „nach § 296“ ersetzt.
18. § 314 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden am Ende der Nummer 8 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und danach folgende Nummern 9 bis 11 angefügt:
- „9. für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Sinne des § 319 Abs. 1 Satz 1, 2, bezogen auf das Geschäftsjahr, das vereinbarte Honorar für
- a) die Konzernabschlussprüfung,
- b) sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen,
- c) Steuerberatungsleistungen,
- d) sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen erbracht worden sind;
10. für jede Kategorie derivativer Finanzinstrumente, wobei § 285 Satz 2 anzuwenden ist:
- a) Art und Umfang der Finanzinstrumente,
- b) der beizulegende Zeitwert der betreffenden Finanzinstrumente, soweit sich dieser gemäß § 285 Satz 3 bis 6 verlässlich ermitteln lässt, unter Angabe der angewandten Bewertungsmethode sowie eines gegebenenfalls vorhandenen Buchwerts und des Bilanzpostens, in welchem der Buchwert erfasst ist;
11. für zu den Finanzanlagen (§ 266 Abs. 2 A. III.) gehörende Finanzinstrumente, die gemäß § 285 Satz 1 Nr. 19 über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, wenn eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 unterblieben ist, wobei § 285 Satz 2 bis 6 entsprechend anzuwenden ist:
- a) der Buchwert und der beizulegende Zeitwert der einzelnen Vermögensgegenstände oder angemessener Gruppierungen sowie

Beschlüsse des 6. Ausschusses

14. unverändert
15. unverändert
16. unverändert
17. unverändert
18. § 314 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden am Ende der Nummer 8 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und danach folgende Nummern 9 bis 11 angefügt:
- „9. **soweit es sich um ein Mutterunternehmen handelt, das einen organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in Anspruch nimmt**, für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Sinne des § 319 Abs. 1 Satz 1, 2 das **im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste** Honorar für
- a) die Abschlussprüfungen,
- b) sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen,
- c) Steuerberatungsleistungen,
- d) sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen **oder Tochterunternehmen** erbracht worden sind;
10. unverändert
11. für zu den Finanzanlagen (§ 266 Abs. 2 A. III.) gehörende Finanzinstrumente, die gemäß § 285 Satz 1 Nr. 19 über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, **da insoweit** eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 unterblieben ist, wobei § 285 Satz 2 bis 6 entsprechend anzuwenden ist:
- a) der Buchwert und der beizulegende Zeitwert der einzelnen Vermögensgegenstände oder angemessener Gruppierungen sowie

Entwurf

- b) die Gründe für das Unterlassen einer Beschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 einschließlich der Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Mutterunternehmen, die den Konzernabschluss um eine Segmentberichterstattung erweitern (§ 297 Abs. 1 Satz 2), sind von der Angabepflicht gemäß Absatz 1 Nr. 3 befreit.“
19. § 315 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Im Konzernlagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Konzernabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Satz 3 gilt entsprechend für nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind. Ferner *sind* im Konzernlagebericht *die wesentlichen Ziele und Strategien der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens für den Konzern zu beschreiben sowie die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.*“
- b) Absatz 2 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. a) die Risikomanagementziele und -methoden des Konzerns einschließlich seiner Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen, die im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfasst werden, sowie
- b) die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungstromschwankungen, denen der Konzern ausgesetzt ist,
- jeweils in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten durch den Konzern und sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist;“.
20. Nach § 315 wird der folgende neue Zehnte Titel eingefügt:

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- b) die Gründe für das Unterlassen einer Beschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 einschließlich der Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.“
- b) unverändert
19. § 315 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Im Konzernlagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Konzernabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Satz 3 gilt entsprechend für nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind. Ferner **ist** im Konzernlagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.“
- b) unverändert
20. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

„Zehnter Titel
Konzernabschluss nach internationalen
Rechnungslegungsstandards

§ 315a

(1) Ist ein Mutterunternehmen, das nach den Vorschriften des Ersten Titels einen Konzernabschluss aufzustellen hat, nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/ 2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet, die nach den Artikeln 2, 3 und 6 der genannten Verordnung übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards anzuwenden, so sind von den Vorschriften des Zweiten bis Achten Titels nur § 294 Abs. 3, § 298 Abs. 1, dieser jedoch nur in Verbindung mit den §§ 244 und 245, ferner § 313 Abs. 2 bis 4, § 314 Abs. 1 Nr. 4, 6, 8 und 9, sowie die Bestimmungen des Neunten Titels und die Vorschriften außerhalb dieses Unterabschnitts, die den Konzernabschluss oder den Konzernlagebericht betreffen, anzuwenden.

(2) Mutterunternehmen, die nicht unter Absatz 1 fallen, haben ihren Konzernabschluss nach den dort genannten internationalen Rechnungslegungsstandards und Vorschriften aufzustellen, wenn für sie bis zum jeweiligen Bilanzstichtag die Zulassung eines Wertpapiers im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes zum Handel an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland beantragt worden ist.

(3) Mutterunternehmen, die nicht unter Absatz 1 oder 2 fallen, dürfen ihren Konzernabschluss nach den in Absatz 1 genannten internationalen Rechnungslegungsstandards und Vorschriften aufstellen. Ein Unternehmen, das von diesem Wahlrecht Gebrauch macht, hat die in Absatz 1 genannten Standards und Vorschriften vollständig zu befolgen.“

21. § 317 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

21. unverändert

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Jahresabschluß“ ein Komma und die Wörter „gegebenenfalls auch mit dem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a,“ eingefügt.

b) In Satz 2 werden vor dem Wort „Risiken“ die Wörter „Chancen und“ eingefügt.

22. § 318 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

22. unverändert

„(3) Auf Antrag der gesetzlichen Vertreter, des Aufsichtsrats oder von Gesellschaftern, bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien jedoch nur, wenn die Anteile dieser Gesellschafter bei Antragstellung zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals oder einen Börsenwert von 500 000 Euro erreichen, hat das Gericht nach Anhörung der Beteiligten und des gewählten Prüfers einen anderen Abschlussprüfer zu bestellen, wenn dies aus einem in der Person des gewählten Prüfers liegenden Grund geboten erscheint, insbesondere wenn ein Ausschlussgrund nach § 319 Abs. 2 bis 5, § 319a besteht. Der Antrag ist

Entwurf

binnen zwei Wochen nach dem Tag der Wahl des Abschlussprüfers zu stellen; Aktionäre können den Antrag nur stellen, wenn sie gegen die Wahl des Abschlussprüfers bei der Beschlussfassung Widerspruch erklärt haben. Wird ein Befangenheitsgrund erst nach der Wahl bekannt oder tritt ein Befangenheitsgrund erst nach der Wahl ein, ist der Antrag binnen zwei Wochen nach dem Tag zu stellen, an dem der Antragsberechtigte Kenntnis von den befangenheitsbegründenden Umständen erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen. Stellen Aktionäre den Antrag, so haben sie glaubhaft zu machen, dass sie seit mindestens drei Monaten vor dem Tag der Wahl des Abschlussprüfers Inhaber der Aktien sind. Zur Glaubhaftmachung genügt eine eidesstattliche Versicherung vor einem Notar. Unterliegt die Gesellschaft einer staatlichen Aufsicht, so kann auch die Aufsichtsbehörde den Antrag stellen. Der Antrag kann nach Erteilung des Bestätigungsvermerks, im Fall einer Nachtragsprüfung nach § 316 Abs. 3 nach Ergänzung des Bestätigungsvermerks nicht mehr gestellt werden. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde zulässig.“

23. § 319 wird wie folgt gefasst:

„§ 319

Auswahl der Abschlussprüfer und Ausschlussgründe

(1) Abschlussprüfer können Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sein. Abschlussprüfer von Jahresabschlüssen und Lageberichten mittelgroßer Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 267 Abs. 2) oder von mittelgroßen Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 können auch vereidigte Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaften sein. Die Abschlussprüfer nach den Sätzen 1 und 2 müssen über eine wirksame Bescheinigung über die Teilnahme an der Qualitätskontrolle nach § 57a der Wirtschaftsprüferordnung verfügen, es sei denn, die Wirtschaftsprüferkammer hat eine Ausnahmegenehmigung erteilt.

(2) Ein Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer ist als Abschlussprüfer ausgeschlossen, wenn Gründe, insbesondere Beziehungen geschäftlicher, finanzieller oder persönlicher Art, vorliegen, nach denen die Besorgnis der Befangenheit besteht.

(3) Ein Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer ist insbesondere von der Abschlussprüfung ausgeschlossen, wenn er oder eine Person, mit der er seinen Beruf gemeinsam ausübt,

1. Anteile oder andere nicht nur unwesentliche finanzielle Interessen an der zu prüfenden Kapitalgesellschaft oder eine Beteiligung an einem Unternehmen besitzt, das mit der zu prüfenden Kapitalgesellschaft verbunden ist oder von dieser mehr als 20 vom Hundert der Anteile besitzt;
2. gesetzlicher Vertreter, Mitglied des Aufsichtsrats oder Arbeitnehmer der zu prüfenden Kapitalgesellschaft oder eines Unternehmens ist, das mit der zu prüfenden Kapitalgesellschaft verbunden ist oder von dieser mehr als 20 vom Hundert der Anteile besitzt;

Beschlüsse des 6. Ausschusses

23. § 319 wird wie folgt gefasst:

„§ 319

Auswahl der Abschlussprüfer und Ausschlussgründe

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) Ein Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer ist insbesondere von der Abschlussprüfung ausgeschlossen, wenn er oder eine Person, mit der er seinen Beruf gemeinsam ausübt,

1. Anteile oder andere nicht nur unwesentliche finanzielle Interessen an der zu prüfenden Kapitalgesellschaft oder eine Beteiligung an einem Unternehmen besitzt, das mit der zu prüfenden Kapitalgesellschaft verbunden ist oder von dieser mehr als **zwanzig** vom Hundert der Anteile besitzt;
2. gesetzlicher Vertreter, Mitglied des Aufsichtsrats oder Arbeitnehmer der zu prüfenden Kapitalgesellschaft oder eines Unternehmens ist, das mit der zu prüfenden Kapitalgesellschaft verbunden ist oder von dieser mehr als **zwanzig** vom Hundert der Anteile besitzt;

Entwurf

3. über die Prüfungstätigkeit hinaus bei der zu prüfen oder für die zu prüfende Kapitalgesellschaft in dem zu prüfenden Geschäftsjahr oder bis zur Erteilung des Bestätigungsvermerks
 - a) bei der Führung der Bücher oder der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses mitgewirkt hat,
 - b) bei der Durchführung der internen Revision in verantwortlicher Position mitgewirkt hat,
 - c) Unternehmensleitungs- oder Finanzdienstleistungen erbracht hat oder
 - d) eigenständige versicherungsmathematische oder Bewertungsleistungen erbracht hat, die sich auf den zu prüfenden Jahresabschluss nicht nur unwesentlich auswirken,

sofern diese Tätigkeiten nicht von untergeordneter Bedeutung sind; dies gilt auch, wenn eine dieser Tätigkeiten von einem Unternehmen für die zu prüfende Kapitalgesellschaft ausgeübt wird, bei dem der Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer gesetzlicher Vertreter, Arbeitnehmer, Mitglied des Aufsichtsrats oder Gesellschafter, der zwanzig vom Hundert *oder* mehr der den Gesellschaftern zustehenden Stimmrechte besitzt, ist;

4. bei der Prüfung eine Person beschäftigt, die nach den Nummern 1 bis 3 nicht Abschlussprüfer sein darf;
5. in den letzten fünf Jahren jeweils mehr als dreißig vom Hundert der Gesamteinnahmen aus seiner beruflichen Tätigkeit von der zu prüfenden Kapitalgesellschaft und von Unternehmen, an denen die zu prüfende Kapitalgesellschaft mehr als zwanzig vom Hundert der Anteile besitzt, bezogen hat und dies auch im laufenden Geschäftsjahr zu erwarten ist; zur Vermeidung von Härtefällen kann die Wirtschaftsprüferkammer befristete Ausnahmegenehmigungen erteilen.

(4) Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften sind von der Abschlussprüfung ausgeschlossen, wenn sie selbst, einer ihrer gesetzlichen Vertreter, ein Gesellschafter, der zwanzig vom Hundert *oder* mehr der den Gesellschaftern zustehenden Stimmrechte besitzt, ein verbundenes Unternehmen, ein bei der Prüfung in verantwortlicher Position beschäftigter Gesellschafter oder eine andere von ihr beschäftigte Person, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen kann, nach Absatz 2 oder Absatz 3 ausgeschlossen sind. Satz 1 gilt auch, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrats nach Absatz 3 Nr. 2 ausgeschlossen ist.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

3. über die Prüfungstätigkeit hinaus bei der zu prüfen oder für die zu prüfende Kapitalgesellschaft in dem zu prüfenden Geschäftsjahr oder bis zur Erteilung des Bestätigungsvermerks
 - a) bei der Führung der Bücher oder der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses mitgewirkt hat,
 - b) bei der Durchführung der internen Revision in verantwortlicher Position mitgewirkt hat,
 - c) Unternehmensleitungs- oder Finanzdienstleistungen erbracht hat oder
 - d) eigenständige versicherungsmathematische oder Bewertungsleistungen erbracht hat, die sich auf den zu prüfenden Jahresabschluss nicht nur unwesentlich auswirken,

sofern diese Tätigkeiten nicht von untergeordneter Bedeutung sind; dies gilt auch, wenn eine dieser Tätigkeiten von einem Unternehmen für die zu prüfende Kapitalgesellschaft ausgeübt wird, bei dem der Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer gesetzlicher Vertreter, Arbeitnehmer, Mitglied des Aufsichtsrats oder Gesellschafter, der mehr als zwanzig vom Hundert der den Gesellschaftern zustehenden Stimmrechte besitzt, ist;

4. unverändert

5. unverändert

Dies gilt auch, wenn der Ehegatte oder der Lebenspartner einen Ausschlussgrund nach Satz 1 Nr. 1, 2 oder 3 erfüllt.

(4) Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften sind von der Abschlussprüfung ausgeschlossen, wenn sie selbst, einer ihrer gesetzlichen Vertreter, ein Gesellschafter, der mehr **als** zwanzig vom Hundert der den Gesellschaftern zustehenden Stimmrechte besitzt, ein verbundenes Unternehmen, ein bei der Prüfung in verantwortlicher Position beschäftigter Gesellschafter oder eine andere von ihr beschäftigte Person, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen kann, nach Absatz 2 oder Absatz 3 ausgeschlossen sind. Satz 1 gilt auch, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrats nach Absatz 3 **Satz 1** Nr. 2 ausgeschlossen ist **oder wenn mehrere Gesellschafter, die zusammen mehr als zwanzig vom Hundert der den Gesellschaftern zustehenden Stimmrechte besitzen, jeweils einzeln oder zusammen nach Absatz 2 oder 3 ausgeschlossen sind.**

Entwurf

(5) Absatz 1 Satz 3 sowie die Absätze 2 bis 4 sind auf den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses entsprechend anzuwenden.“

24. Nach § 319 wird folgender § 319a eingefügt:

„§ 319a
Ausschlussgründe *in besonderen Fällen*

(1) Ein Wirtschaftsprüfer ist über die in § 319 Abs. 2 und 3 genannten Gründe hinaus auch dann von der Abschlussprüfung eines Unternehmens, das einen organisierten *Kapitalmarkt* im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in Anspruch nimmt, ausgeschlossen, wenn er *oder eine Person, mit der er seinen Beruf gemeinsam ausübt*,

1. in den letzten fünf Jahren jeweils mehr als fünfzehn vom Hundert der Gesamteinnahmen aus seiner beruflichen Tätigkeit von der zu prüfenden Kapitalgesellschaft oder von Unternehmen, an denen die zu prüfende Kapitalgesellschaft mehr als zwanzig vom Hundert der Anteile besitzt, bezogen hat und dies auch im laufenden Geschäftsjahr zu erwarten ist,
2. in dem zu prüfenden Geschäftsjahr über die Prüfungstätigkeit hinaus Rechts- oder Steuerberatungsleistungen erbracht hat, die über das Aufzeigen von Gestaltungsalternativen hinausgehen und die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in dem zu prüfenden Jahresabschluss unmittelbar und nicht nur unwesentlich auswirken,
3. über die Prüfungstätigkeit hinaus in dem zu prüfenden Geschäftsjahr an der Entwicklung, Einrichtung und Einführung von Rechnungslegungsinformationssystemen mitgewirkt hat, sofern diese Tätigkeit nicht von untergeordneter Bedeutung ist,
4. *die zu prüfende Kapitalgesellschaft in dem zu prüfenden Geschäftsjahr oder bis zur Erteilung des Bestätigungsvermerks in Rechts- und Steuerangelegenheiten gerichtlich vertreten hat* oder
5. einen Bestätigungsvermerk nach § 322 über die Prüfung des Jahresabschlusses des Unternehmens bereits in *fünf* oder mehr Fällen gezeichnet hat.

§ 319 Abs. 3 Nr. 3 letzter Teilsatz und Abs. 4 gilt für die in Satz 1 genannten Ausschlussgründe entsprechend. Satz 1 Nr. 5 findet auf eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Maßgabe Anwendung, dass sie nicht Abschlussprüfer sein darf, wenn sie bei der Abschlussprüfung einen Wirtschaftsprüfer beschäftigt, der nach Satz 1 Nr. 5 nicht Abschlussprüfer sein darf. *Die Sätze 1 bis 3 gelten auch für die Abschlussprüfung eines Kreditinstituts, eines Finanzdienstleistungsinstituts, eines Versicherungsunternehmens oder eines Pensionsfonds, deren Bilanzsumme am Stichtag 150 Millionen Euro übersteigt.*

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(5) unverändert

24. Nach § 319 wird folgender § 319a eingefügt:

„§ 319a
Besondere Ausschlussgründe bei Unternehmen von öffentlichem Interesse

(1) Ein Wirtschaftsprüfer ist über die in § 319 Abs. 2 und 3 genannten Gründe hinaus auch dann von der Abschlussprüfung eines Unternehmens, das einen organisierten **Markt** im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in Anspruch nimmt, ausgeschlossen, wenn er

1. unverändert
2. unverändert
3. über die Prüfungstätigkeit hinaus in dem zu prüfenden Geschäftsjahr an der Entwicklung, Einrichtung und Einführung von Rechnungslegungsinformationssystemen mitgewirkt hat, sofern diese Tätigkeit nicht von untergeordneter Bedeutung ist, oder
4. einen Bestätigungsvermerk nach § 322 über die Prüfung des Jahresabschlusses des Unternehmens bereits in **sieben** oder mehr Fällen gezeichnet hat; **dies gilt nicht, wenn seit seiner letzten Beteiligung an der Prüfung des Jahresabschlusses drei oder mehr Jahre vergangen sind.**

§ 319 Abs. 3 **Satz 1** Nr. 3 letzter Teilsatz, **Satz 2** und Abs. 4 gilt für die in Satz 1 genannten Ausschlussgründe entsprechend. **Satz 1 Nr. 1 bis 3 gilt auch, wenn Personen, mit denen der Wirtschaftsprüfer seinen Beruf gemeinsam ausübt, die dort genannten Ausschlussgründe erfüllen.** Satz 1 Nr. 4 findet auf eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Maßgabe Anwendung, dass sie nicht Abschlussprüfer sein darf, wenn sie bei der Abschlussprüfung **des Unternehmens** einen Wirtschaftsprüfer beschäftigt, der nach Satz 1 Nr. 4 nicht Abschlussprüfer sein darf.

| Entwurf | Beschlüsse des 6. Ausschusses |
|--|-------------------------------|
| (2) Absatz 1 ist auf den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses entsprechend anzuwenden.“ | (2) unverändert |
| 25. § 321 wird wie folgt geändert: | 25. unverändert |
| a) In Absatz 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Buchführung“ die Wörter „oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze“ eingefügt. | |
| b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt: „Dabei ist auch auf die angewandten Rechnungslegungs- und Prüfungsgrundsätze einzugehen.“ | |
| 26. Nach § 321 wird folgender § 321a eingefügt: „§ 321a Offenlegung des Prüfungsberichts in besonderen Fällen (1) Wird über das Vermögen der Gesellschaft ein Insolvenzverfahren eröffnet oder wird der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen, so hat ein Gläubiger oder Gesellschafter die Wahl, selbst oder durch einen von ihm zu bestimmenden Wirtschaftsprüfer oder im Falle des § 319 Abs. 1 Satz 2 durch einen vereidigten Buchprüfer Einsicht in die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers über die aufgrund gesetzlicher Vorschriften durchzuführende Prüfung des Jahresabschlusses der letzten drei Geschäftsjahre zu nehmen, soweit sich diese auf die nach § 321 geforderte Berichterstattung beziehen. Der Anspruch richtet sich gegen denjenigen, der die Prüfungsberichte in seinem Besitz hat. (2) Bei einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien stehen den Gesellschaftern die Rechte nach Absatz 1 Satz 1 nur zu, wenn ihre Anteile bei Geltendmachung des Anspruchs zusammen den einhundertsten Teil des Grundkapitals oder einen Börsenwert von 100 000 Euro erreichen. Dem Abschlussprüfer ist die Erläuterung des Prüfungsberichts gegenüber den in Absatz 1 Satz 1 aufgeführten Personen gestattet. (3) Der Insolvenzverwalter oder ein gesetzlicher Vertreter des Schuldners kann einer Offenlegung von Geheimnissen, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, widersprechen, wenn die Offenlegung geeignet ist, der Gesellschaft einen erheblichen Nachteil zuzufügen. § 323 Abs. 1 und 3 bleibt im Übrigen unberührt. Unbeschadet des Satzes 1 sind die Berechtigten nach Absatz 1 Satz 1 zur Verschwiegenheit über den Inhalt der von ihnen eingesehenen Unterlagen nach Absatz 1 Satz 1 verpflichtet. (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn der Schuldner zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts verpflichtet ist.“ | 26. unverändert |
| 27. § 322 wird wie folgt gefasst: „§ 322 Bestätigungsvermerk (1) Der Abschlussprüfer hat das Ergebnis der Prüfung in einem Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss oder zum Konzernabschluss zusammenzufassen. Der Bestätigungsvermerk hat Gegenstand, Art und | 27. unverändert |

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Rechnungslegungs- und Prüfungsgrundsätze anzugeben; er hat ferner eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses zu enthalten.

(2) Die Beurteilung des Prüfungsergebnisses muss zweifelsfrei ergeben, ob

1. ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt,
2. ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt,
3. der Bestätigungsvermerk auf Grund von Einwendungen versagt oder
4. der Bestätigungsvermerk deshalb versagt wird, weil der Abschlussprüfer nicht in der Lage ist, ein Prüfungsurteil abzugeben.

Die Beurteilung des Prüfungsergebnisses soll allgemeinverständlich und problemorientiert unter Berücksichtigung des Umstandes erfolgen, dass die gesetzlichen Vertreter den Abschluss zu verantworten haben. Auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens oder eines Konzernunternehmens gefährden, ist gesondert einzugehen. Auf Risiken, die den Fortbestand eines Tochterunternehmens gefährden, braucht im Bestätigungsvermerk zum Konzernabschluss des Mutterunternehmens nicht eingegangen zu werden, wenn das Tochterunternehmen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nur von untergeordneter Bedeutung ist.

(3) In einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (Absatz 2 Satz 1 Nr. 1) hat der Abschlussprüfer zu erklären, dass die von ihm nach § 317 durchgeführte Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat und dass der von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft aufgestellte Jahres- oder Konzernabschluss auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse des Abschlussprüfers nach seiner Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens oder des Konzerns vermittelt. Der Abschlussprüfer kann zusätzlich einen Hinweis auf Umstände aufnehmen, auf die er in besonderer Weise aufmerksam macht, ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken.

(4) Sind Einwendungen zu erheben, so hat der Abschlussprüfer seine Erklärung nach Absatz 3 Satz 1 einzuschränken (Absatz 2 Satz 1 Nr. 2) oder zu versagen (Absatz 2 Satz 1 Nr. 3). Die Versagung ist in den Vermerk, der nicht mehr als Bestätigungsvermerk zu bezeichnen ist, aufzunehmen. Die Einschränkung oder Versagung ist zu begründen. Ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk darf nur erteilt werden, wenn der geprüfte Abschluss unter Beachtung der vom Abschlussprüfer vorgenommenen, in ihrer Tragweite erkennbaren Einschränkung ein den tatsächlichen Verhältnissen im Wesentlichen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(5) Der Bestätigungsvermerk ist auch dann zu versagen, wenn der Abschlussprüfer nach Ausschöpfung aller angemessenen Möglichkeiten zur Klärung des Sachverhalts nicht in der Lage ist, ein Prüfungsurteil abzugeben (Absatz 2 Satz 1 Nr. 4). Absatz 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Die Beurteilung des Prüfungsergebnisses hat sich auch darauf zu erstrecken, ob der Lagebericht oder der Konzernlagebericht nach dem Urteil des Abschlussprüfers mit dem Jahresabschluss und gegebenenfalls mit dem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens oder des Konzerns vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

(7) Der Abschlussprüfer hat den Bestätigungsvermerk oder den Vermerk über seine Versagung unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen. Der Bestätigungsvermerk oder der Vermerk über seine Versagung ist auch in den Prüfungsbericht aufzunehmen.“

28. Nach § 324 wird folgender § 324a eingefügt:

„§ 324a
Anwendung auf den Einzelabschluss
nach § 325 Abs. 2a

(1) Die Bestimmungen dieses Unterabschnitts, die sich auf den Jahresabschluss beziehen, sind auf einen Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a entsprechend anzuwenden. An Stelle des § 316 Abs. 1 Satz 2 gilt § 316 Abs. 2 Satz 2 entsprechend.

(2) Als Abschlussprüfer des Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a gilt der für die Prüfung des Jahresabschlusses bestellte Prüfer als bestellt. Der Prüfungsbericht zum Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a kann mit dem Prüfungsbericht zum Jahresabschluss zusammengefasst werden.“

29. § 325 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 2a und 2b eingefügt:

„(2a) Bei der Offenlegung nach Absatz 2 kann an die Stelle des Jahresabschlusses ein Einzelabschluss treten, der nach den in § 315a Abs. 1 bezeichneten internationalen Rechnungslegungsstandards aufgestellt worden ist. Ein Unternehmen, das von diesem Wahlrecht Gebrauch macht, hat die dort genannten Standards vollständig zu befolgen. Auf einen solchen Abschluss finden § 243 Abs. 2, §§ 244, 245, 257, 285 Satz 1 Nr. 7, 8 Buchstabe b, Nr. 9 bis 11a, 14 bis 17, § 286 Abs. 1 und 3 sowie § 287 Anwendung. Der Lagebericht nach § 289 muss in dem erforderlichen Umfang auch auf den Abschluss nach Satz 1 Bezug nehmen. Die übrigen Vorschriften des Zweiten Unterabschnitts des Ersten Abschnitts und des Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs gelten insoweit nicht. Kann wegen der Anwendung des § 286 Abs. 1 auf den Anhang die in Satz 2 genannte Voraussetzung nicht

28. unverändert

29. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

eingehalten werden, so entfällt das Wahlrecht nach Satz 1.

(2b) Die befreiende Wirkung der Offenlegung des Einzelabschlusses nach Absatz 2a tritt ein, wenn

1. statt des vom Abschlussprüfer zum Jahresabschluss erteilten Bestätigungsvermerks oder des Vermerks über dessen Versagung der entsprechende Vermerk zum Abschluss nach Absatz 2a in die Offenlegung nach Absatz 2 einbezogen wird,
2. der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses und gegebenenfalls der Beschluss über seine Verwendung unter Angabe des Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrags in die Offenlegung nach Absatz 2 einbezogen werden und
3. der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk oder dem Vermerk über dessen Versagung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 offengelegt wird.“

b) Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Ist die Berichterstattung des Aufsichtsrats über Konzernabschluss und Konzernlagebericht in einem nach Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 zweiter Teilsatz offen gelegten Bericht des Aufsichtsrats enthalten, so kann die Bekanntmachung des Berichts nach Absatz 3 Satz 1 durch einen Hinweis auf die frühere oder gleichzeitige Bekanntmachung nach Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz ersetzt werden. Wird der Konzernabschluss zusammen mit dem Jahresabschluss des Mutterunternehmens oder mit einem von diesem aufgestellten Einzelabschluss nach Absatz 2a bekannt gemacht, so können die Vermerke des Abschlussprüfers nach § 322 zu beiden Abschlüssen zusammengefasst werden; in diesem Fall können auch die jeweiligen Prüfungsberichte zusammengefasst werden.“

d) In Absatz 5 werden nach dem Wort „Jahresabschluss“, die Wörter „den Einzelabschluss nach Absatz 2a, den“ eingefügt.

30. In § 327 Nr. 2 wird die Angabe „§ 285 Nr. 2, 5 und 8 Buchstabe a, Nr. 12“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 2, 5 und 8 Buchstabe a, Nr. 12“ ersetzt.

30. unverändert

31. § 328 wird wie folgt geändert:

31. unverändert

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Offenlegung des Jahresabschlusses“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und die Wörter „des Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a oder“ eingefügt.

bb) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 werden die Wörter „Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss“ durch das Wort „Abschlüsse“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- bbb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Ist der Abschluss festgestellt oder gebilligt worden, so ist das Datum der Feststellung oder Billigung anzugeben.“
- ccc) In Satz 3 erster Halbsatz werden die Wörter „Jahresabschluß oder der Konzernabschluß“ durch das Wort „Abschluss“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „der Jahresabschluß oder der Konzernabschluß“ durch das Wort „Abschlüsse“ ersetzt.
- bb) Satz 3 wird nach den Wörtern „so ist anzugeben,“ wie folgt gefasst:
- „zu welcher der in § 322 Abs. 2 Satz 1 genannten zusammenfassenden Beurteilungen des Prüfungsergebnisses der Abschlussprüfer in Bezug auf den in gesetzlicher Form erstellten Abschluss gelangt ist und ob der Bestätigungsvermerk einen Hinweis nach § 322 Abs. 3 Satz 2 enthält.“
32. § 331 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:
- „1a. als Mitglied des vertretungsberechtigten Organs einer Kapitalgesellschaft zum Zwecke der Befreiung nach § 325 Abs. 2a Satz 1, Abs. 2b einen Einzelabschluss nach den in § 315a Abs. 1 genannten internationalen Rechnungslegungsstandards, in dem die Verhältnisse der Kapitalgesellschaft unrichtig wiedergegeben oder verschleiert worden sind, vorsätzlich oder leichtfertig offen legt,“.
- b) In Nummer 3 wird die Angabe „nach den §§ 291, 292a“ durch die Angabe „nach § 291 Abs. 1 und 2“ ersetzt.
33. In § 332 Abs. 1 werden nach den Wörtern „eines Jahresabschlusses,“ die Wörter „eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a,“ eingefügt.
34. In § 333 Abs. 1 werden nach den Wörtern „des Jahresabschlusses“ ein Komma und die Wörter „eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a“ eingefügt.
35. § 334 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, 4, Abs. 2 er oder nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 3 oder Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder die Buchprüfungsgesellschaft, für die er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“
32. unverändert
33. unverändert
34. unverändert
35. § 334 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 er oder nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder die Buchprüfungsgesellschaft, für die er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“

| Entwurf | Beschlüsse des 6. Ausschusses |
|--|---|
| 36. In § 336 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 5, 6“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 5, 6 und 17“ ersetzt. | 36. unverändert |
| 37. In § 338 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 9“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 9“ ersetzt. | 37. unverändert |
| 38. In § 339 Abs. 3 wird die Angabe „Die §§ 326 bis 329“ durch die Angabe „Die Vorschriften des § 325 Abs. 2a über den Einzelabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards sowie der §§ 326 bis 329“ ersetzt. | 38. unverändert |
| 39. § 340a wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 zweiter Halbsatz wird die Angabe „nach § 289“ durch die Angabe „nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des § 289“ ersetzt. b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 8 und 12“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 8 und 12“ ersetzt. bb) In Satz 2 wird die Angabe „285 Nr. 1, 2, 4 und 9 Buchstabe c“ durch die Angabe „285 Satz 1 Nr. 1, 2, 4 und 9 Buchstabe c“ ersetzt. | 39. unverändert |
| 40. § 340i wird wie folgt geändert: a) Dem Absatz 2 werden die folgenden Sätze angefügt: „In den Fällen des § 315a Abs. 1 finden von den in Absatz 1 genannten Vorschriften nur die §§ 290 bis 292, 315a Anwendung; die Sätze 1 und 2 dieses Absatzes sowie § 340j sind nicht anzuwenden. Soweit § 315a Abs. 1 auf die Bestimmung des § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe c verweist, tritt an deren Stelle die Vorschrift des § 34 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 37 der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist. Im Übrigen findet die Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung in den Fällen des § 315a Abs. 1 keine Anwendung.“ b) In Absatz 4 werden die Wörter „Gesetzes über das Kreditwesen“ durch das Wort „Kreditwesengesetzes“ ersetzt. | 40. unverändert |
| 41. § 340j wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird aufgehoben. b) Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen. | 41. unverändert |
| 42. § 340k wird wie folgt geändert: a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2 und 3 ist“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2 bis 4 und § 319a Abs. 1 sind“ und die Angabe „§ 319 Abs. 3 Nr. 5“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt. | 42. § 340k wird wie folgt geändert: a) Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst: „§ 319 Abs. 2 und 3 sowie § 319a Abs. 1 sind auf die gesetzlichen Vertreter des Prüfungsverbandes und auf alle vom Prüfungsverband beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, entsprechend anzuwenden; § 319 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ist auf Mitglieder des Aufsichtsorgans des Prüfungsverbandes nicht anzuwenden, sofern sichergestellt ist, dass der |

Entwurf

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 wird die Angabe „des § 319“ durch die Angabe „der §§ 319, 319a“ ersetzt.
- bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 Satz 3“ ersetzt.
43. Dem § 340l wird folgender Absatz 5 angefügt:
- „(5) Soweit Absatz 1 Satz 1 auf § 325 Abs. 2a Satz 3 und 5 verweist, gelten die folgenden Maßgaben und ergänzenden Bestimmungen:
1. Die in § 325 Abs. 2a Satz 3 genannten Vorschriften des Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs sind auch auf Kreditinstitute anzuwenden, die nicht in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft betrieben werden.
 2. § 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe b findet keine Anwendung. Jedoch ist im Anhang zum Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a der Personalaufwand des Geschäftsjahrs in der Gliederung nach Formblatt 3 Posten 10 Buchstabe a der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, anzugeben, sofern diese Angaben nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen.
 3. An Stelle des § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe c gilt § 34 Abs. 2 Nr. 2 der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist.
 4. Für den Anhang gilt zusätzlich die Vorschrift des § 340a Abs. 4.
 5. Im Übrigen finden die Bestimmungen des Zweiten bis Vierten Titels dieses Unterabschnitts sowie der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung keine Anwendung.“
44. § 340n wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Im einleitenden Satzteil werden die Wörter „Gesetzes über das Kreditwesen“ durch das Wort „Kreditwesengesetzes“ ersetzt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- Abschlussprüfer die Prüfung unabhängig von den Weisungen durch das Aufsichtsorgan durchführen kann.“**
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) **Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:**
- „Die Prüfung darf von der Prüfungsstelle jedoch nur durchgeführt werden, wenn der Leiter der Prüfungsstelle die Voraussetzungen des § 319 Abs. 1 Satz 1 und 2 erfüllt; § 319 Abs. 2, 3 und 5 sowie § 319a sind auf alle vom Sparkassen- und Giroverband beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, entsprechend anzuwenden.“**
- bb) unverändert
43. unverändert
44. § 340n wird wie folgt geändert:
- a) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- bb) In Nummer 1 Buchstabe d wird die Angabe „§ 285 Nr. 3, 5 bis 7, 9 Buchstabe a oder b, Nr. 10, 11, 13 oder 14“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 3, 5 bis 7, 9 Buchstabe a oder Buchstabe b, Nr. 10, 11, 13, 14, 17, 18 oder 19“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, 4, Abs. 2 er, nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 3 oder Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder nach § 340k Abs. 2 oder Abs. 3 der Prüfungsverband oder die Prüfungsstelle, für die oder für den er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“
45. § 341a Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 8 Buchstabe a“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe a“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 285 Nr. 4 und 8 Buchstabe b“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 4 und 8 Buchstabe b“ ersetzt.
46. In § 341i Abs. 4 wird die Angabe „§ 337 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 175 Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.
47. § 341j wird wie folgt geändert:
- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „In den Fällen des § 315a Abs. 1 finden abweichend von Satz 1 nur die §§ 290 bis 292, 315a Anwendung; die Sätze 2 und 3 dieses Absatzes und Absatz 2, § 341i Abs. 3 Satz 2 sowie die Bestimmungen der Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung vom 8. November 1994 (BGBl. I S. 3378) und der Pensionsfonds-Rechnungslegungsverordnung vom 25. Februar 2003 (BGBl. I S. 246) in ihren jeweils geltenden Fassungen sind nicht anzuwenden.“
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 337 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 170 Abs. 1 und 3“ ersetzt.
48. Dem § 341l wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) Soweit Absatz 1 Satz 1 auf § 325 Satz 3 und 5 verweist, gelten die folgenden Maßgaben und ergänzenden Bestimmungen:
1. Die in § 325 Abs. 2a Satz 3 genannten Vorschriften des Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs sind auch auf Versicherungsunternehmen anzuwenden, die nicht in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft betrieben werden.
 2. An Stelle des § 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe b gilt die Vorschrift des § 51 Abs. 5 in Verbindung mit Muster 2 der Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung vom 8. November 1994 (BGBl. I

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 er, nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder nach § 340k Abs. 2 oder Abs. 3 der Prüfungsverband oder die Prüfungsstelle, für die oder für den er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“

45. unverändert

46. unverändert

47. unverändert

48. unverändert

Entwurf

S. 3378), die zuletzt durch Artikel 8 Abs. 11 Nr. 2 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist.

3. § 341a Abs. 4 ist anzuwenden, soweit er auf die Bestimmungen der §§ 170, 171 und 175 des Aktiengesetzes über den Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a dieses Gesetzes verweist.
 4. Im Übrigen finden die Bestimmungen des Zweiten bis Vierten Titels dieses Unterabschnitts sowie der Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung keine Anwendung.“
49. § 341n wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe d wird die Angabe „§ 285 Nr. 1, 2 oder 3“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 1, 2 oder 3“ und die Angabe „§ 285 Nr. 5 bis 7, 9 bis 14“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 5 bis 7, 9 bis 14, 17, 18 oder Nr. 19“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, 4, Abs. 2 er oder nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 3 oder Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, für die er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“
 - c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen“ durch die Wörter „die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche

Das Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuche in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Gesetzesbezeichnung wird das Wort „Handelsgesetzbuche“ durch das Wort „Handelsgesetzbuch“ ersetzt.
2. In Artikel 25 Abs. 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2 und 3 des Handelsgesetzbuchs ist“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2 bis 4 und § 319a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs sind“ ersetzt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

49. § 341n wird wie folgt geändert:

a) unverändert

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ordnungswidrig handelt, wer zu einem Jahresabschluss, zu einem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a oder zu einem Konzernabschluss, der aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu prüfen ist, einen Vermerk nach § 322 Abs. 1 erteilt, obwohl nach § 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 er oder nach § 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 4 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, für die er tätig wird, nicht Abschlussprüfer sein darf.“

c) unverändert

Artikel 2

Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche

Das Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuche in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. Artikel 25 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 319 Abs. 2 und 3 sowie § 319a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs sind auf die gesetzlichen Vertreter des Prüfungsverbandes und auf alle vom Prüfungsverband beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, entsprechend anzuwenden; § 319 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ist auf Mitglieder des Aufsichtsorgans des Prüfungsverbandes nicht anzuwenden, wenn sichergestellt ist, dass der Abschlussprüfer die Prüfung unabhängig von den Weisungen durch das Aufsichtsorgan durchführen kann.“

Entwurf

3. In Artikel 26 Abs. 2 werden nach dem Wort „Handelsgesetzbuchs“ die Wörter „in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes“ eingefügt.
4. Artikel 50 Satz 2 wird aufgehoben.
5. Nach dem Zwanzigsten Abschnitt wird folgender Einundzwanzigster Abschnitt angefügt:

**„Einundzwanzigster Abschnitt
Übergangsvorschriften zur Verordnung (EG)
Nr. 1606/2002 sowie zum Bilanzrechtsreformgesetz**

Artikel 57

Auf Gesellschaften, von denen

1. lediglich Schuldtitel zum Handel in einem geregelten Markt eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum im Sinne des Artikels 1 Nr. 13 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen (ABl. EG Nr. L 141 S. 27), die zuletzt durch Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 (ABl. EG 2003 Nr. L 35 S. 1) geändert worden ist, zugelassen sind, oder
2. Wertpapiere zum öffentlichen Handel in einem Drittstaat zugelassen sind und die zu diesem Zweck seit dem Geschäftsjahr, das vor dem 11. September 2002 begann, international anerkannte Rechnungslegungsstandards anwenden,

findet Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung erst von dem Geschäftsjahr an Anwendung, das nach dem 31. Dezember 2006 beginnt. Drittstaat im Sinne des Satzes 1 Nr. 2 ist ein Staat, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist.

Artikel 58

(1) § 267 Abs. 1 und 2, § 293 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] sind erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse für das nach dem 31. Dezember 2003 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.

(2) § 285 Satz 1 Nr. 18, 19, Satz 2 bis 6, §§ 286 bis 288, § 289 Abs. 2 Nr. 2, § 314 Abs. 1 Nr. 10, 11, § 315 Abs. 2 Nr. 2, §§ 327, 336, 338, 340a Abs. 2, § 341a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes sind erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse für das nach dem 31. Dezember 2003 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

3. unverändert
4. unverändert
5. Nach dem Zwanzigsten Abschnitt wird folgender Einundzwanzigster Abschnitt angefügt:

**„Einundzwanzigster Abschnitt
Übergangsvorschriften zur Verordnung (EG)
Nr. 1606/2002 sowie zum Bilanzrechtsreformgesetz**

Artikel 57

unverändert

Artikel 58

(1) unverändert

(2) § 285 Satz 1 Nr. 18, 19, Satz 2 bis 6, §§ 286 bis 288, § 289 Abs. 2 Nr. 2, § 314 Abs. 1 Nr. 10, 11, § 315 Abs. 2 Nr. 2, §§ 327, 336, 338, 340a Abs. 2, § 341a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes sind erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse für das nach dem 31. Dezember 2003 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. **Im Lagebericht und im Konzernlagebericht ist für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2003 beginnen und die spätestens am 31. Dezember 2004 enden, auch auf die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft und des Konzerns einzugehen.**

Entwurf

(3) Die §§ 257, 285 Satz 1 Nr. 17, § 289 Abs. 1, § 291 Abs. 3, § 294 Abs. 3 Satz 1, § 297 Abs. 1, § 298 Abs. 3, § 313 Abs. 2 Nr. 1, § 314 Abs. 1 Nr. 9, § 315 Abs. 1, § 315a Abs. 1 und 3, § 317 Abs. 2, §§ 321, 321a, 322, 324a, 325, 328, 339, 340a Abs. 1, §§ 340i, 340j, 340l Abs. 5, § 341j Abs. 1, § 341l Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes finden erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. § 315a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes findet erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. § 318 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist erstmals anzuwenden auf Ersetzungsverfahren, die nach dem 31. Dezember 2004 beantragt werden. Die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassungen der §§ 257, 289, 291 Abs. 3, §§ 292a, 294 Abs. 3 Satz 1, §§ 295, 297 Abs. 1, § 298 Abs. 3, § 313 Abs. 2 Nr. 1, §§ 315, 317 Abs. 2, §§ 321, 322, 325, 328, 339, 340a Abs. 1, §§ 340i, 340j, 341j Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs sind letztmals auf das vor dem 1. Januar 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.

(4) Die §§ 319 und 319a des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes finden vorbehaltlich der Sätze 3 und 4 erstmals auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen für das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. Die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltende Fassung des § 319 des Handelsgesetzbuchs ist letztmals auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen für das vor dem 1. Januar 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. § 319 Abs. 1 Satz 3 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen mit Ausnahme der Prüfung einer Aktiengesellschaft, die Aktien mit amtlicher Notierung ausgegeben hat, erstmals für das nach dem 31. Dezember 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 5 und Satz 3 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist erstmals auf Abschlussprüfungen für das nach dem 31. Dezember 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Auf Abschlussprüfungen für vor dem 1. Januar 2006 beginnende Geschäftsjahre findet § 319 Abs. 3 Nr. 6 des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung Anwendung.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(3) Die §§ 257, 285 Satz 1 Nr. 17, § 289 Abs. 1, **3**, § 291 Abs. 3, § 294 Abs. 3 Satz 1, § 297 Abs. 1, § 298 Abs. 3, § 313 Abs. 2 Nr. 1, § 314 Abs. 1 Nr. 9, § 315 Abs. 1, § 315a Abs. 1 und 3, § 317 Abs. 2, §§ 321, 321a, 322, 324a, 325, 328, 339, 340a Abs. 1, §§ 340i, 340j, 340l Abs. 5, § 341j Abs. 1, § 341l Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes finden erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. § 315a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes findet erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. § 318 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist erstmals anzuwenden auf Ersetzungsverfahren, die nach dem 31. Dezember 2004 beantragt werden. Die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassungen der §§ 257, 289 **Abs. 1**, § 291 Abs. 3, §§ 292a, 294 Abs. 3 Satz 1, §§ 295, 297 Abs. 1, § 298 Abs. 3, § 313 Abs. 2 Nr. 1, § 315 **Abs. 1**, § 317 Abs. 2, §§ 321, 322, 325, 328, 339, 340a Abs. 1, §§ 340i, 340j, 341j Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs sind letztmals auf das vor dem 1. Januar 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. **§ 292a des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend für nach dem 31. Dezember 2002 und vor dem 1. Januar 2005 beginnende Geschäftsjahre auch für Mutterunternehmen, die keinen organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in Anspruch nehmen.**

(4) Die §§ 319 und 319a des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes finden vorbehaltlich der Sätze 3, 4 und **6** erstmals auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen für das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. Die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltende Fassung des § 319 des Handelsgesetzbuchs ist letztmals auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen für das vor dem 1. Januar 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. § 319 Abs. 1 Satz 3 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen mit Ausnahme der Prüfung einer Aktiengesellschaft, die Aktien mit amtlicher Notierung ausgegeben hat, erstmals für das nach dem 31. Dezember 2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, **4** und Satz 4 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes ist erstmals auf Abschlussprüfungen für das nach dem 31. Dezember **2006** beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Auf Abschlussprüfungen für vor dem 1. Januar **2007** beginnende Geschäftsjahre findet § 319 Abs. 3 Nr. 6 des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung Anwendung. **§ 319 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes sind auf Abschlussprüfungen für vor dem 1. Januar 2006 beginnende Geschäftsjahre nicht anzuwenden, wenn der Auftrag zur Erbringung der dort genannten Leistungen vor dem ... [einsetzen: Tag des Beschlusses des**

Entwurf

(5) Erfüllt ein Mutterunternehmen (§ 290 des Handelsgesetzbuchs) die Voraussetzungen des Artikels 57 Satz 1 Nr. 1 dieses Gesetzes, so ist die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltende Fassung des § 297 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs abweichend von Absatz 3 Satz 4 letztmals auf das vor dem 1. Januar 2007 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden; dies gilt nicht, wenn ein Konzernabschluss nach § 315a Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs aufgestellt wird. In den Fällen des Artikels 57 Satz 1 dürfen die in dieser Vorschrift bezeichneten Rechnungslegungsstandards nach Maßgabe des § 292a des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung noch auf Geschäftsjahre angewendet werden, die vor dem 1. Januar 2007 beginnen.

(6) Soweit § 292a des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung nach Absatz 3 Satz 4 oder nach Absatz 5 Satz 2 weiterhin Anwendung findet, ist auch § 331 Nr. 3 des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung weiter anzuwenden.“

Artikel 3**Änderung des Publizitätsgesetzes**

Das Publizitätsgesetz vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189, 1970 I S. 1113), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§§ 284, 285 Nr. 1 bis 5, 7 bis 13“ durch die Angabe „§§ 284, 285 Satz 1 Nr. 1 bis 5, 7 bis 13, 17 bis 19“ ersetzt.
2. In § 6 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.
3. Dem § 7 wird folgender Satz angefügt:
„Die Sätze 1 bis 3 gelten auch für einen Einzelabschluss nach § 9 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs; für einen solchen Abschluss gilt ferner § 171 Abs. 4 Satz 1 des Aktiengesetzes sinngemäß.“
4. In § 9 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „des § 325 Abs. 1, 2, 4, 5, § 328“ durch die Angabe „des § 325 Abs. 1, 2, 2a, 2b, 4, 5, § 328“ ersetzt.
5. § 11 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
„2. § 315a über den Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards, Absatz 2 der Vorschrift jedoch nur, wenn das Mutterunternehmen seiner Rechtsform nach in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Eu-

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Bundestages] erteilt worden ist und die Tätigkeit nach der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung des Handelsgesetzbuchs zulässig war.

(5) unverändert

(6) Soweit § 292a des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung nach Absatz 3 Satz 4 **oder 5** oder nach Absatz 5 Satz 2 weiterhin Anwendung findet, ist auch § 331 Nr. 3 des Handelsgesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung weiter anzuwenden.“

Artikel 3**Änderung des Publizitätsgesetzes**

Das Publizitätsgesetz vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189, 1970 I S. 1113), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. § 11 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) unverändert

Entwurf

ropäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) in ihrer jeweils geltenden Fassung fällt.“

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Sind die Voraussetzungen des § 315a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs erfüllt, so gilt § 13 Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 5 dieses Gesetzes nicht.“

6. § 13 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 279 Abs. 1, §§ 280, 314 Abs. 1 Nr. 5 und 6 des Handelsgesetzbuchs“ ersetzt durch die Angabe „§ 279 Abs. 1, §§ 280, 314 Abs. 1 Nr. 6 des Handelsgesetzbuchs“.

b) In Satz 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt; folgender Halbsatz wird angefügt:

„dieser braucht Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel nicht zu umfassen.“

7. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. zum Zwecke der Befreiung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 325 Abs. 2a Satz 1, Abs. 2b des Handelsgesetzbuchs einen Einzelabschluss nach den in § 315a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs genannten internationalen Rechnungslegungsstandards, in dem die Verhältnisse des Unternehmens unrichtig wiedergegeben oder verschleiert worden sind, vorsätzlich oder leichtfertig offen legt,“.

b) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 11 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 11 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.

8. § 21 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 7 Satz 1,“ durch die Angabe „§ 7 Satz 1 oder Satz 4 in Verbindung mit Satz 1,“ ersetzt.

b) In Nummer 7 wird die Angabe „§ 7 Satz 3“ durch die Angabe „§ 7 Satz 3 oder Satz 4 in Verbindung mit Satz 3, jeweils“ ersetzt.

9. Die §§ 22 bis 24 werden durch folgende Vorschrift ersetzt:

„§ 22

Erstmalige Anwendung geänderter Vorschriften

Die §§ 7, 9, 11, 13 Abs. 3 Satz 2 und § 21 in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) finden erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr Anwendung. § 315a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit § 11 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 dieses Gesetzes ist erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Die bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassungen des § 11 Abs. 6 Nr. 2 dieses Gesetzes und des § 292a des Handelsgesetzbuchs sind letztmals auf das vor dem 1. Januar

Beschlüsse des 6. Ausschusses

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Sind die Voraussetzungen des § 315a des Handelsgesetzbuchs erfüllt, so gilt § 13 Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 5 dieses Gesetzes nicht.“

6. unverändert

7. unverändert

8. unverändert

9. unverändert

Entwurf

2005 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden; Artikel 58 Abs. 5 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch gilt entsprechend. Soweit § 5 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, § 6 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Satz 1, § 10 Satz 1 Nr. 2, § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 1 und § 15 dieses Gesetzes auf Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs verweisen, die in Artikel 58 Abs. 2 bis 4 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch aufgeführt sind, gelten die in der letztgenannten Vorschrift getroffenen Übergangsregelungen entsprechend. Soweit § 13 Abs. 2 Satz 1 dieses Gesetzes auf § 297 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs verweist, ist Artikel 58 Abs. 5 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch entsprechend anzuwenden; dies gilt nicht, wenn das Mutterunternehmen eine Personengesellschaft oder ein Einzelkaufmann ist.“

10. Der bisherige § 25 wird § 23.

Artikel 4**Änderung des Aktiengesetzes**

Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 143 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2, 3, § 319a Abs. 1“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2, 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.

2. § 170 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Satz 1 gilt entsprechend für einen Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs sowie bei Mutterunternehmen (§ 290 Abs. 1, 2 des Handelsgesetzbuchs) für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht.“

3. Dem § 171 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch hinsichtlich eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs. Der Vorstand darf den in Satz 1 genannten Abschluss erst nach dessen Billigung durch den Aufsichtsrat offen legen.“

4. § 175 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Lageberichts“ ein Komma und die Wörter „eines vom Aufsichtsrat gebilligten Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Jahresabschluß“, die Wörter „ein vom Aufsichtsrat gebilligter Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs,“ eingefügt.

5. In § 176 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für die Verhandlungen über die Billigung eines Konzernabschlusses.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

10. unverändert

Artikel 4

unverändert

Entwurf

6. In § 209 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 3, § 320 Abs. 1, 2, §§ 321, 322 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1, § 320 Abs. 1, 2, §§ 321, 322 Abs. 7“ ersetzt.
7. § 243 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Die Anfechtung kann nicht gestützt werden:
 1. auf eine Verletzung des § 128,
 2. auf Gründe, die ein Verfahren nach § 318 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs rechtfertigen.“
8. In § 249 Abs. 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „so gelten“ die Angabe „§ 243 Abs. 3 Nr. 2,“ eingefügt.
9. § 256 Abs. 1 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:
„3. er im Falle einer gesetzlichen Prüfungspflicht von Personen geprüft worden ist, die nach § 319 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs oder nach Artikel 25 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch nicht Abschlussprüfer sind oder aus anderen Gründen als einem Verstoß gegen § 319 Abs. 2, 3 oder Abs. 4 oder § 319a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs nicht zum Abschlussprüfer bestellt sind,“.
10. In § 258 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „gilt § 319 Abs. 2 und 3“ durch die Angabe „gelten § 319 Abs. 2 bis 4 und § 319a Abs. 1“ ersetzt.
11. In § 283 werden die Nummern 9 bis 11 wie folgt gefasst:
„9. die Aufstellung, Vorlegung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Vorschlags für die Verwendung des Bilanzgewinns;
10. die Vorlegung und Prüfung des Lageberichts sowie eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts;
11. die Vorlegung, Prüfung und Offenlegung eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs;“.
12. In § 286 Abs. 4 wird die Angabe „§ 285 Nr. 9 Buchstaben a und b“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstaben a und b“ ersetzt.
13. In § 293d Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.
14. In § 400 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder 1a“ ersetzt.
15. In § 407 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§§ 170, 171 Abs. 3,“ durch die Angabe „§§ 170, 171 Abs. 3 oder Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 3,“ ersetzt.

Artikel 5**Änderung des Einführungsgesetzes
zum Aktiengesetz**

Nach § 16 des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird folgender § 17 eingefügt:

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 5

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

„§ 17

Übergangsvorschrift zu § 243 Abs. 3 Nr. 2 und § 249 Abs. 1 Satz 1 des Aktiengesetzes

§ 243 Abs. 3 Nr. 2 und § 249 Abs. 1 Satz 1 des Aktiengesetzes in der Fassung des Bilanzrechtsreformgesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) sind erstmals auf Anfechtungsklagen und Nichtigkeitsklagen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2004 erhoben worden sind.“

Artikel 6**Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung**

Das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 42a Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:
„Das Gleiche gilt hinsichtlich eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs, wenn die Gesellschafter die Offenlegung eines solchen beschlossen haben.“
2. In § 46 werden nach der Nummer 1 die folgenden Nummern 1a und 1b eingefügt:
„1a. die Entscheidung über die Offenlegung eines Einzelabschlusses nach internationalen Rechnungslegungsstandards (§ 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs) und über die Billigung des von den Geschäftsführern aufgestellten Abschlusses;
1b. die Billigung eines von den Geschäftsführern aufgestellten Konzernabschlusses;“
3. In § 52 Abs. 1 wird die Angabe „§§ 170, 171, 337“ durch die Angabe „§§ 170, 171“ ersetzt.
4. In § 57f Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.
5. In § 82 Abs. 2 Nr. 2 wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder Nr. 1a“ ersetzt.

Artikel 7**Änderung des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften**

Das Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2202), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 48 wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Die Generalversammlung beschließt über die Offenlegung eines Einzelabschlusses nach § 339 Abs. 3 in Verbindung mit § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs. Der Beschluss kann für das nächstfolgende Geschäftsjahr

Artikel 6

unverändert

Artikel 7

unverändert

Entwurf

im Voraus gefasst werden. Das Statut kann die in den Sätzen 1 und 2 genannten Entscheidungen dem Aufsichtsrat übertragen. Ein vom Vorstand auf Grund eines Beschlusses nach den Sätzen 1 bis 3 aufgestellter Abschluss darf erst nach seiner Billigung durch den Aufsichtsrat offen gelegt werden.“

2. § 53 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„§ 316 Abs. 3, § 317 Abs. 1 Satz 2 und 3, Abs. 2, § 324a des Handelsgesetzbuchs sind entsprechend anzuwenden.“
3. In § 147 Abs. 2 Nr. 1 wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder Nr. 1a“ ersetzt.
4. In § 160 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§§ 47, 48 Abs. 3,“ durch die Angabe „§§ 47, 48 Abs. 3 und 4 Satz 4“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung sonstigen Bundesrechts

(1) In § 1 Abs. 2 des Umweltauditgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3490) werden die Wörter „Jahresabschlüsse oder Lageberichte oder Konzernabschlüsse oder Konzernlageberichte“ durch die Wörter „einen Jahresabschluss, einen Einzelabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards (§ 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs), einen Lagebericht, einen Konzernabschluss oder einen Konzernlagebericht“ ersetzt.

(2) In § 86 Abs. 2 Satz 1 der Kostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 361-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„dies gilt auch für die Aufbewahrung und Prüfung eines Einzelabschlusses nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs und der dazu gehörenden Unterlagen.“

(3) Artikel 5 Satz 2 des Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetzes vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 707) wird aufgehoben.

(4) Die Konzernabschlussbefreiungsverordnung vom 15. November 1991 (BGBl. I S. 2122), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift der Verordnung wird wie folgt gefasst:
„Verordnung über befreiende Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte von Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat (Konzernabschlussbefreiungsverordnung – KonBefrV)“.
2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „§§ 295, 296“ durch die Angabe „des § 296“ ersetzt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 8

Änderung sonstigen Bundesrechts

(1) unverändert

(2) In Nummer 5000 des Gebührenverzeichnisses der Handelsregistergebührenverordnung vom 30. September 2004 (BGBl. I S. 2562) wird im Gebührentatbestand das Wort „Jahresabschlusses“ durch die Wörter „Jahres- oder Einzelabschlusses“ ersetzt.

(3) unverändert

(4) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- bb) In Nummer 2 werden nach dem Klammerzitat „(ABl. EG Nr. L 193 S. 1)“ die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.
- cc) In Nummer 3 werden nach den Wörtern „der befreiende Konzernabschluß“ die Wörter „und der befreiende Konzernlagebericht“ sowie nach den Wörtern „und der Konzernabschluß“ die Wörter „sowie der Konzernlagebericht“ eingefügt und werden nach dem Klammerzitat „(ABl. EG Nr. L 126 S. 20)“ die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.
- b) In Satz 2 zweiter Halbsatz werden nach dem Klammerzitat „(ABl. EG Nr. L 374 S. 7)“ die Wörter „in ihren jeweils geltenden Fassungen“ eingefügt.
3. § 4 Abs. 2 wird aufgehoben.

(5) Die Börsenzulassungs-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2832), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

(5) unverändert

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 72 wie folgt gefasst:
„§ 72 Allgemeine Bestimmungen über Jahresabschlüsse“.
2. In § 26 Nr. 3 wird das Wort „Jahresabschlüsse“ durch das Wort „Einzelabschlüsse“ ersetzt.
3. In § 33 Abs. 3 Satz 1 erster und zweiter Halbsatz wird jeweils das Wort „Jahresabschluß“ durch das Wort „Einzelabschluss“ ersetzt.
4. In § 34 Abs. 2 Satz 1 erster und zweiter Halbsatz wird jeweils das Wort „Jahresabschluß“ durch das Wort „Einzelabschluss“ ersetzt.
5. In § 45a Abs. 1 Nr. 3 wird im ersten Halbsatz Buchstabe a und b und im zweiten Halbsatz jeweils das Wort „Jahresabschluß“ durch das Wort „Einzelabschluss“ ersetzt.
6. In § 65 Abs. 1 werden die Wörter „den Jahresabschluß“ durch die Wörter „den Einzelabschluss“ und die Wörter „der Jahresabschluß“ durch die Wörter „der Einzelabschluss“ ersetzt.
7. § 72 wird wie folgt gefasst:

„§ 72

Allgemeine Bestimmungen über Jahresabschlüsse

(1) Jahresabschlüsse im Sinne dieser Verordnung sind:

1. der Jahresabschluss nach § 242 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs,
2. der Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs,
3. der Konzernabschluss nach dem Zweiten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs oder nach dem Zweiten Abschnitt des Publizitätsgesetzes,
4. Abschlüsse nach anderen Vorschriften, sofern darin auf eine der vorgenannten Bestimmungen verwiesen wird, und

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

5. Abschlüsse nach ausländischem Recht, sofern sie ihrer Art nach einem Abschluss nach den Nummern 1 bis 4 entsprechen.

Die Bestimmungen dieser Verordnung betreffend ausländische Emittenten bleiben unberührt.

(2) Soweit der Emittent nach dieser Verordnung einen Einzelabschluss in den Prospekt aufzunehmen oder anderweitig offen zu legen hat, kann nach seiner Wahl ein Abschluss nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 an die Stelle eines solchen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 oder nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 in Verbindung mit Nr. 1 treten. Entsprechendes gilt für die Zusammenfassung eines Einzelabschlusses und für den Bestätigungsvermerk dazu.“

(6) Das Verkaufsprospektgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2701), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Zwischenüberschrift vor § 1 wird wie folgt gefasst:

„I. Abschnitt

Anwendungsbereich; Allgemeine Vorschriften“.

2. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

„§ 4a

Allgemeine Vorschriften über Jahresabschlüsse

Jahresabschlüsse im Sinne dieses Gesetzes und der zu seiner Durchführung erlassenen Bestimmungen sind:

1. der Jahresabschluss nach § 242 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs,
2. der Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs,
3. der Konzernabschluss nach dem Zweiten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs oder nach dem Zweiten Abschnitt des Publizitätsgesetzes,
4. Abschlüsse nach anderen Vorschriften, sofern darin auf eine der vorgenannten Bestimmungen verwiesen wird, und
5. Abschlüsse nach ausländischem Recht, sofern sie ihrer Art nach einem Abschluss nach den Nummern 1 bis 4 entsprechen.

Besondere Bestimmungen betreffend ausländische Emittenten bleiben unberührt.“

(7) Dem § 2 der Verkaufsprospekt-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2853), die zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), geändert worden ist, wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Soweit der Emittent nach dieser Verordnung einen Einzelabschluss in den Prospekt aufzunehmen oder anderweitig offen zu legen hat, kann nach seiner Wahl ein Abschluss nach § 4a Satz 1 Nr. 2 des Verkaufsprospektgesetzes an die Stelle eines solchen nach Satz 1 Nr. 1 oder nach Satz 1 Nr. 4 in Verbindung mit Nr. 1 derselben Vorschrift treten. Entsprechendes gilt für den Bestätigungsvermerk zum Einzelabschluss.“

(6) unverändert

(7) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(8) In § 68 Abs. 2 Satz 1 des Investmentgesetzes vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676) wird die Angabe „§ 319 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 Satz 1 und 2“ ersetzt.

(8) unverändert

(9) In § 15 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen vom 5. April 1991 (BGBl. I S. 854), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder Nr. 1a“ ersetzt.

(9) unverändert

(10) Das Umwandlungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210, 1995 I S. 428), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

(10) unverändert

1. In § 11 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.

2. In § 313 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder Nr. 1a“ ersetzt.

(11) Änderung von Rechnungslegungsverordnungen:

(11) unverändert

1. § 34 der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 3, 5, 6, 7, 9 Buchstabe a und b, Nr. 10, 11, 13 und 14“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 3, 5, 6, 7, 9 Buchstabe a und b, Nr. 10, 11, 13, 14, 16 bis 19“ und in Satz 2 wird die Angabe „§ 285 Nr. 3“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 3“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird im einleitenden Satzteil die Angabe „§ 285 Nr. 4, 9 Buchstabe c“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 4, 9 Buchstabe c“ ersetzt.

2. Die Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung vom 8. November 1994 (BGBl. I S. 3378), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

a) § 51 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 285 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7 sowie 9 bis 14“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7, 9 bis 14 sowie 16 bis 19“ ersetzt.

bb) In Absatz 4 Satz 1 wird im einleitenden Satzteil die Angabe „§ 285 Nr. 4“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.

cc) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 285 Nr. 8 Buchstabe b“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe b“ ersetzt.

b) In § 59 Abs. 1 wird die Angabe „314 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie 4 bis 7“ durch die Angabe „314 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie 4 bis 11“ ersetzt.

3. § 34 der Pensionsfonds-Rechnungslegungsverordnung vom 25. Februar 2003 (BGBl. I S. 246) wird wie folgt geändert:

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „285 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7 sowie 9 bis 14“ durch die Angabe „285 Satz 1 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7, 9 bis 14 sowie 16 bis 19“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 Satz 1 wird im einleitenden Satzteil die Angabe „§ 285 Nr. 4“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 285 Nr. 8 Buchstabe b“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe b“ ersetzt.
- (12) In § 5d Abs. 3 Satz 2 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2001 (BGBl. I S. 482), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Angabe „§§ 284, 285 Nr. 8 Buchstabe b“ durch die Angabe „§§ 284, 285 Satz 1 Nr. 8 Buchstabe b“ ersetzt.
- (13) Dem § 26 des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird folgender Absatz angefügt:
- „(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 gelten entsprechend für einen Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs.“
- (14) In § 20 Satz 3 Nr. 2 der Anzeigenverordnung vom 29. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3372), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Wort „Jahresabschlußprüfungen“ durch das Wort „Abschlussprüfungen“ ersetzt.
- (15) Das Versicherungsaufsichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:
1. Dem § 55 wird folgender Absatz angefügt:
- „(4) Die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 gelten auch für einen Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs.“
2. In § 143 wird die Angabe „§ 331 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 331 Nr. 1 oder Nr. 1a“ ersetzt.
- (16) In § 21 der Prüfungsberichterverordnung vom 3. Juni 1998 (BGBl. I S. 1209) wird die Angabe „§ 285 Nr. 3“ durch die Angabe „§ 285 Satz 1 Nr. 3“ ersetzt.
- (17) Die Solvabilitätsbereinigungsverordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4173) wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe „§ 21“ das Wort „Inkrafttreten“ durch die Wörter „Zeitliche Anwendung“ ersetzt und danach wird folgende Angabe angefügt „§ 22 Inkrafttreten“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „nach deutschem Recht“ die Wörter „oder nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) In Absatz 3 wird die Angabe „gemäß Absatz 1 oder 2“ durch die Angabe „nach Absatz 1“ ersetzt.
3. In § 9 Abs. 5 und in § 17 Abs. 5 wird jeweils die Angabe „gemäß § 1 Abs. 2“ durch die Wörter „nach internationalen Rechnungslegungsstandards“ ersetzt.

(12) unverändert

(13) unverändert

(14) unverändert

(15) unverändert

(16) unverändert

(17) Die Solvabilitätsbereinigungsverordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4173) wird wie folgt geändert:

1. unverändert

2. unverändert

3. unverändert

Entwurf

4. § 21 wird wie folgt gefasst und folgender § 22 wird angefügt:

„§ 21
Zeitliche Anwendung

(1) Die Verordnung findet erstmals Anwendung für die Rechnungslegung des nach dem 31. Dezember 2000 beginnenden Geschäftsjahres.

(2) Für die letztmalige Anwendung des § 1 Abs. 2 und 3, des § 9 Abs. 5 und des § 17 Abs. 5 in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung gilt Artikel 58 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 57 Satz 1 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch sinngemäß.

§ 22
Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

(18) In § 4 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 801-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Angabe „§§ 318, 319 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§§ 318, 319 Abs. 1 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.

(19) Das D-Markbilanzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1994 (BGBl. I S. 1842), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. § 21 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§§ 295“ durch die Angabe „§§ 296“ ersetzt.
 - b) Absatz 5 Satz 7 wird aufgehoben.
2. In § 34 Abs. 5 wird die Angabe „319 Abs. 2, 3“ durch die Angabe „319 Abs. 2 bis 4, § 319a Abs. 1“ ersetzt.
3. In § 48 Abs. 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, 4, Abs. 2“ und die Angabe „§ 319 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 3 oder Satz 4“ ersetzt.

Artikel 9**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 8 Abs. 4, 5, 7, 11, 14, 16 und 17 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 10
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

4. § 21 wird wie folgt gefasst und folgender § 22 wird angefügt:

„§ 21
Zeitliche Anwendung

(1) unverändert

(2) Für die letztmalige Anwendung des § 1 Abs. 2 und 3, des § 9 Abs. 5 und des § 17 Abs. 5 in der bis zum ... [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung gilt Artikel 58 Abs. 3 Satz 4, 5 und Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 57 Satz 1 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch sinngemäß.

§ 22
Inkrafttreten

unverändert

(18) unverändert

(19) Das D-Markbilanzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1994 (BGBl. I S. 1842), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. unverändert
3. In § 48 Abs. 2 wird die Angabe „§ 319 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 2, 3, 5, § 319a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2“ und die Angabe „§ 319 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 319 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 319a Abs. 1 Satz 2, oder § 319a Abs. 1 Satz 4“ ersetzt.

Artikel 9**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 8 Abs. 2, 4, 5, 7, 11, 14, 16 und 17 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 10
Inkrafttreten

unverändert

Bericht der Abgeordneten Olaf Scholz, Marco Wanderwitz, Jerzy Montag und Rainer Funke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 15/3419 in seiner 118. Sitzung vom 1. Juli 2004 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuss und zur Mitberatung dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung vom 27. Oktober 2004 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung vom 27. Oktober 2004 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme in der Fassung der Zusammenstellung zu empfehlen.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 27. Oktober 2004 abschließend beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der oben stehenden Zusammenstellung zu empfehlen.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

1. Allgemeines

Der Ausschuss begrüßt die mit diesem Gesetz verfolgten Ziele, das deutsche Bilanzrecht den europäischen Vorgaben anzupassen und die Unabhängigkeit und Objektivität der Abschlussprüfer zu stärken. Mit dem Gesetz werden bedeutende Empfehlungen des sog. Zehn-Punkte-Maßnahmenkatalogs der Bundesregierung zur Stärkung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes vom 25. Februar 2003 umgesetzt. Insbesondere die Umsetzung des Vorhabens, den Unternehmen im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit die Bilanzierung nach internationalen Rechnungslegungsstandards in weitem Umfang zu ermöglichen, wird uneingeschränkt unterstützt. Ebenso hält es der Ausschuss für sachgerecht, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht zum Aufstellen eines IAS-Abschlusses zu verpflichten. Er teilt auch die Auffassung der Bundesregierung, dass die Funktion eines IAS-Abschlusses auf Informationszwecke zu begrenzen ist und Regelungen für Gewinnausschüttung und Besteuerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon unberührt bleiben sollten (vgl. hierzu Begründung in Bundestagsdrucksache 15/3419).

Bei den vorgesehenen Änderungen zum Recht der Abschlussprüfer befürwortet der Ausschuss die gewählte Grundlinie, die Unabhängigkeit und Objektivität der Abschlussprüfer durch einen Katalog von Ausschlussgründen zu stärken. Für Unternehmen, die wie Kapitalmarktunternehmen in einem besonderen öffentlichen Interesse stehen, sollen verschärfte Unabhängigkeitsanforderungen bei der Abschlussprüfung gelten. Der Ausschuss sieht hierin im Hinblick auf die aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Kapitalmärkte einen wichtigen Beitrag, um das

Vertrauen der Anleger in die Aussagekraft von Unternehmensabschlüssen zu stärken.

2. Zu den einzelnen Vorschriften

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss beschlossenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Soweit der Ausschuss den Gesetzentwurf unverändert angenommen hat, wird auf die jeweilige Begründung in Bundestagsdrucksache 15/3419 verwiesen.

Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer und tragen Anliegen insbesondere der Genossenschaftsverbände und teilweise des Bundesrates Rechnung. Ferner werden Ausführungen gemacht, wo der Stellungnahme des Bundesrates nicht gefolgt werden konnte oder wo in den Ausschussberatungen besonderer Erläuterungs- oder Auslegungsbedarf zu den einzelnen Vorschriften gesehen wurde.

Zu Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe a (§ 285 Satz 1 Nr. 17 bis 19 HGB)

Die erste Änderung in § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB beschränkt die Pflicht zur Angabe der Abschlussprüferhonorare auf kapitalmarktorientierte Unternehmen. Die weitere Änderung dient der Klarstellung. Damit wird deutlich, zu welchem Zeitpunkt die Honorare des Abschlussprüfers von der Angabepflicht erfasst werden. Es soll nicht darauf ankommen, wann die Honorare vereinbart oder ob die Honorare schon ausgezahlt worden sind, sondern darauf, ob die Honorare im betreffenden Jahr als Aufwand erfasst worden sind. Das Honorar für die Abschlussprüfung (Nummer 17 Buchstabe a) ist in dem Geschäftsjahr zu berücksichtigen, das geprüft wird, da insofern eine Rückstellungspflicht besteht. Im Hinblick auf die übrigen Leistungen (Nummer 17 Buchstabe b bis d) kommt es in der Regel auf den Zeitpunkt der Leistungserbringung an.

Der Begriff der „Finanzinstrumente“ in § 285 Satz 1 Nr. 18 und 19 HGB ist nach einhelliger Auffassung der hierzu befragten Experten schwer zu definieren. Der Bereich der „Finanzinstrumente“ ist in der Praxis im Hinblick auf die zahlreichen Innovationen auf diesem Gebiet permanent dem Wandel unterworfen. Der Ausschuss hält daher die im Gesetz gewählte Methodik, den unbestimmten Rechtsbegriff der „Finanzinstrumente“ zu verwenden, für sachgerecht. Eine notwendige zusätzliche Regelung enthält die Bestimmung des § 285 Satz 2 HGB, wonach zu den derivativen Finanzinstrumenten auch bestimmte vertragliche Verpflichtungen gezählt werden, die im Bilanzanhang anzugeben sind. Gemäß § 2 Abs. 2 WpHG werden außerdem bestimmte Termingeschäfte und Devisentermingeschäfte erfasst. Unter den Begriff der „Finanzinstrumente“ fallen jedenfalls auch die in § 2 Abs. 1 WpHG genannten Wertpapiere, auch wenn über sie keine Urkunde ausgestellt wird.

Zu Artikel 1 Nr. 9 (§ 289 Abs. 1 Satz 4 HGB)

Der Ausschuss hält die Darstellung der wesentlichen Ziele und Strategien eines Unternehmens im Lagebericht nicht für

erforderlich, da die Unternehmen hierzu keine konkreten Angaben machen werden und möglicherweise auch nicht machen können. Somit werden sich aus entsprechenden Anforderungen keine wesentlichen zusätzlichen Informationen über das Unternehmen ergeben.

Zu Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe b (§ 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB)

Der Ausschuss sieht keine Möglichkeit, dem Anliegen des Bundesrates zu entsprechen und kapitalmarktorientierte Unternehmen von der Verpflichtung zur Erstellung von Teilkonzernabschlüssen zu befreien, wenn die Haftung für eingegangene Verpflichtungen bei dem Mutterunternehmen liegt. Eine dahin gehende Regelung wäre mit den europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar. Ihr stünde der Wortlaut der sog. EU-Bilanzrechts-Modernisierungsrichtlinie (Richtlinie 2003/51/EG) entgegen. Mit Artikel 2 Abs. 4 Buchstabe c dieser Richtlinie ist Artikel 7 Abs. 3 der sog. Konzernbilanzrichtlinie (Richtlinie 83/349/EWG) neu gefasst worden. Dies hat zur Folge, dass die in Artikel 7 Abs. 1 und 2 der Konzernbilanzrichtlinie vorgesehene Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung von Teilkonzernabschlüssen für kapitalmarktorientierte Tochterunternehmen nicht mehr gestattet ist. Dies gilt auch, wenn die Haftung für eingegangene Verpflichtungen z. B. im Rahmen einer Patronatserklärung beim Mutterunternehmen liegt, da ein Verzicht auf die Erstellung eines Teilkonzernabschlusses in diesen Fällen in der Richtlinie nicht vorgesehen ist.

Zu Artikel 1 Nr. 15 (§ 297 Abs. 1 HGB)

Der Ausschuss erachtet es anders als der Bundesrat nicht für ausreichend, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel als lediglich optionale Bestandteile des Konzernabschlusses für nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen vorzusehen. Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel bieten Bilanzadressaten relevante Zusatzinformationen über die jeweiligen Unternehmen. Dies gilt auch dann, wenn diese nicht kapitalmarktorientiert sind. Der Ausschuss ist auch der Auffassung, dass der Erstellungsaufwand zumutbar ist, zumal die Unternehmen in der Regel ohnehin über die entsprechenden Zahlen verfügen.

Zu Artikel 1 Nr. 18 (§ 314 Abs. 1 Nr. 9 bis 11 HGB)

Die Änderungen im Einleitungssatz von § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB erfolgen für den Konzernabschluss parallel zu den Änderungen in § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB für den Jahresabschluss. Auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 5 wird verwiesen.

Mit den Ergänzungen in Nummer 9 Buchstabe a und d wird die Angabepflicht im Anhang des Konzernabschlusses auf das an den Konzernabschlussprüfer gezahlte Honorar erweitert. Erfasst werden jetzt alle Leistungen, die für den Konzern, also auch die Tochterunternehmen, erbracht worden sind.

Bei der Änderung in § 314 Abs. 1 Nr. 11 HGB handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an den in Artikel 1 Nr. 5 vorgeschlagenen Wortlaut des § 285 Satz 1 Nr. 19 HGB.

Hinsichtlich des Begriffs der „Finanzinstrumente“ wird auf Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe a (§ 285 Satz 1 Nr. 9 bis 11) Bezug genommen.

Zu Artikel 1 Nr. 19 (§ 315 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Die Streichung der wesentlichen Ziele und Strategien eines Unternehmens aus der Darstellung im Lagebericht erfolgt für den Konzernabschluss parallel zur Änderung in § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB für den Jahresabschluss. Auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 9 wird verwiesen.

Zu Artikel 1 Nr. 23 (§ 319 Abs. 3 und 4 HGB)

Zu § 319 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB weist der Ausschuss erläutern darauf hin, dass zunächst jede direkte Beteiligung des Wirtschaftsprüfers an dem zu prüfenden Unternehmen zu seinem Ausschluss führt. Darüber hinaus führen auch bestimmte Konstellationen indirekter finanzieller bzw. mittelbarer Beteiligung zum Ausschluss. Hiervon werden u. a. auch alle Fälle erfasst, in denen der Wirtschaftsprüfer zwar keine Beteiligung (im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB) an dem zu prüfenden Unternehmen, dafür aber an einem anderen Unternehmen hält, das mit dem zu prüfenden Unternehmen verflochten ist. Eine solche Verflechtung ist sowohl bei verbundenen Unternehmen im Sinne des § 272 Abs. 2 HGB als auch dann anzunehmen, wenn das andere Unternehmen mindestens zwanzig vom Hundert der Anteile an dem zu prüfenden Unternehmen hält. Unwesentliche Beteiligungen des Abschlussprüfers an einem Fonds (z. B. Investmentfonds) bleiben davon unberührt. Ebenso sind finanzielle Interessen unwesentlich, die lediglich einen laufenden Vergütungsanspruch oder – bei Bankguthaben mit laufender Verzinsung – einen Verzinsungsanspruch betreffen. Ein wesentliches finanzielles Interesse wird aber vorliegen, wenn der Abschlussprüfer Gesellschafter einer Personengesellschaft ist, die mit der zu prüfenden Kapitalgesellschaft verbunden ist oder von dieser mehr als zwanzig vom Hundert der Anteile besitzt (so schon § 319 Abs. 2 Nr. 3 HGB nach geltendem Recht).

Zu § 319 Abs. 3 HGB hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Regierungsentwurf eine ausdrückliche Regelung für die Anwendung der Ausschlussgründe auf Familienangehörige des Wirtschaftsprüfers angeregt. Dies wird in Satz 2 insoweit teilweise aufgegriffen, als die Ausschlussgründe nach Satz 1 Nr. 1 bis 3 auch für Ehegatten und Lebenspartner gelten sollen. Als zu weitgehend erachtet der Ausschuss aber den Vorschlag des Bundesrates, dass dies unabhängig davon gelten soll, ob die betreffende Ehe oder Lebenspartnerschaft noch besteht. Auch die pauschale Erstreckung der Ausschlussgründe auf Personen, mit denen der Wirtschaftsprüfer in gerader Linie verwandt oder verschwägert ist, ginge zu weit und wäre in der Praxis kaum noch zu überprüfen und durchzusetzen. Es kann von Wirtschaftsprüfern beispielsweise nicht verlangt werden zu wissen, ob sein ehemaliger Ehegatte oder Lebenspartner, seine Eltern oder Großeltern Kleinaktionär einer von ihm geprüften Kapitalgesellschaft sind. Missbrauchsfälle, in denen beispielsweise Anteile oder wesentliche finanzielle Interessen auf minderjährige Kinder des Abschlussprüfers verschoben werden, lassen sich über die Generalklausel des Absatzes 2 erfassen.

Mit der Ergänzung von § 319 Abs. 4 HGB soll Umgehungsmöglichkeiten durch verschachtelte Eigentümerkonstruktionen vorgebeugt werden. Die Ausschlussgründe sollen auch dann greifen, wenn mehrere Gesellschafter sowohl an der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als auch beispielsweise an einer Beratungsgesellschaft, die Dienstleistungen nach § 319 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 oder § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

HGB erbringt, beteiligt sind, und ihre Beteiligungen jeweils allein zwar zwanzig vom Hundert nicht übersteigen, sie jedoch zusammen mehr als zwanzig vom Hundert der Anteile an der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder einem Unternehmen, das Leistungen im Sinne von Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d erbringt, besitzen.

Die übrigen Änderungen in § 319 Abs. 3 und 4 HGB sind redaktionelle Anpassungen.

Zu Artikel 1 Nr. 24 (§ 319a Abs. 1 HGB)

Die geänderte Überschrift dient der Klarstellung: Es soll schon in der Überschrift deutlich werden, dass es sich um Ausschlussgründe handelt, die nur für die Prüfung von bestimmten Unternehmen, an denen ein besonderes öffentliches Interesse besteht, gelten.

Mit der Regelung des § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HGB wird die sog. Umsatzabhängigkeitsgrenze für die Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse auf fünfzehn vom Hundert festgelegt. Dies kann zwar insbesondere für mittelständische Abschlussprüfer eine Belastung mit sich bringen. Jedoch liegt ein Ausschlussgrund nur dann vor, wenn die betreffende Grenze in den letzten fünf Jahren jeweils überschritten wurde und dies auch im laufenden Jahr zu erwarten ist. Darüber hinaus sieht Artikel 58 Abs. 4 Satz 4 EGHGB die erstmalige Anwendung für das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr vor. Der Ausschuss geht daher davon aus, dass Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine Anpassung an die neuen Verhältnisse möglich sein wird. Umgekehrt wird aber auch künftig zu beobachten sein, ob die 15 %-Grenze im internationalen Bereich ein akzeptierter Maßstab ist oder andere Anforderungen künftig in Erwägung zu ziehen sind.

Zur Regelung in Satz 1 Nr. 4 (in der Fassung des Regierungsentwurfs) ist der Ausschuss nicht der Auffassung, dass die Vertretung eines Unternehmens im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens zum Ausschluss des Abschlussprüfers führen sollte. Zwar kann auch eine solche Konstellation grundsätzlich Anlass für die Besorgnis der Befangenheit begründen. Indessen wird die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers dadurch wohl nicht in demselben Maße beeinträchtigt, wie es bei den übrigen Ausschlussgründen unter Berücksichtigung des Selbstprüfungsverbots der Fall ist. Sollte bei gerichtlicher Vertretung des Unternehmens durch seinen Abschlussprüfer im Einzelfall gleichwohl Besorgnis der Befangenheit zu befürchten sein, kann dem durch entsprechende Anwendung der Grundsatzbestimmung des § 319 Abs. 2 HGB Rechnung getragen werden. Der Ausschuss ist damit im Ergebnis auch dem Anliegen des Bundesrates, den Ausschlussgrund auf die gesamte rechtliche Interessenvertretung zu erstrecken, nicht nachgekommen, da er eine dahin gehende Regelung für zu weitgehend hält.

Bei der in Satz 1 Nr. 4 (neue Fassung) geregelten internen Rotation hält der Ausschuss die nunmehr vorgesehene Rotationsfrist von sieben Jahren für ausreichend. Im Übrigen folgt er mit der Ergänzung grundsätzlich der Anregung des Bundesrates, wonach eine sog. Abkühlungsphase vorgesehen werden sollte, nach deren Ablauf der Abschlussprüfer bei dem betreffenden Unternehmen wieder tätig werden darf. Er hält aber die vom Bundesrat vorgesehene Frist für zu lang und eine Abkühlungsphase von drei Jahren für ausreichend.

Die Erstreckung der Ausschlussgründe auf Personen, mit denen der Wirtschaftsprüfer seinen Beruf gemeinsam ausübt, macht nur für die Ausschlussgründe in § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3, nicht hingegen für die in Nummer 4 vorgesehene interne Rotation Sinn, sodass nun eine entsprechende Regelung in einem neuen Satz 3 erfolgt.

Satz 4 enthält redaktionelle Anpassungen.

Durch die Streichung von Satz 5 sollen Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungsinstitute, soweit sie nicht kapitalmarktorientiert im Sinne von Satz 1 sind, von der Anwendung der besonderen Ausschlussgründe des § 319a HGB befreit werden. Der Ausschuss verkennt zwar nicht, dass neben Kapitalmarktunternehmen auch die Kredit- und Finanzinstitute sowie Versicherungsunternehmen in besonderem Maße im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, weil sie in großem Umfang mit Geldern ihrer Kunden (Sparer, Kapitalanleger, Versicherungsnehmer) arbeiten. Gleichwohl meint er, dass im gegenwärtigen Stadium die strengeren Anforderungen des § 319a HGB allein auf den wichtigen Bereich der Prüfung von Kapitalmarktunternehmen Anwendung finden sollten.

Der Ausschuss hat auch eingehend die Frage erörtert, ob Rechts- und Steuerberatungsleistungen in dem im Regierungsentwurf in § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGB beschriebenen Umfang zum Ausschluss von der Abschlussprüfung des betreffenden Unternehmens führen sollten. Der Ausschuss war sich der Wichtigkeit dieses Punktes bewusst, da es sich für die Wirtschaftsprüfer um eine Frage von nicht unerheblicher wirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung handelt. Dies bedeutet aber nicht nur, dass gesetzliche Veränderungen auf diesem Gebiet für die Wirtschaftsprüfer spürbar sein können und daher unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit sorgfältig abgewogen werden müssen. Vielmehr ist gerade auch bei dem Vorhandensein solcher nicht unerheblicher Interessen der Wirtschaftsprüfer an Beratungsaufträgen sorgfältig darauf zu achten, dass Einflüsse auf Abschlussprüfung und deren Ergebnis ausgeschlossen werden. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil es bei der zum Ausschluss führenden Besorgnis der Befangenheit nicht allein auf die innere Einstellung des Prüfers ankommt, sondern auf die Sichtweise eines „vernünftigen Dritten“.

Im Ergebnis hält der Rechtsausschuss die von der Bundesregierung vorgeschlagene Regelung für sachgerecht. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Regelung nur für die Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse gilt. Bei Prüfung anderer Unternehmen, insbesondere mittelständischer Unternehmen, sind dagegen ausschließlich die allgemeinen Maßstäbe des § 319 HGB zugrunde zu legen. Diese Einschränkung kommt insbesondere auch mittelständischen Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern zugute.

Zu Artikel 1 Nr. 26 (§ 321a HGB)

Zu Absatz 3 Satz 2 unterstreicht der Ausschuss, dass mit dem Verweis auf § 323 Abs. 1 und 3 HGB – wie schon in der Regierungsbegründung ausgeführt – sichergestellt werden soll, dass auch bei Einsichtgewährung in die Prüfungsberichte die Pflicht des Abschlussprüfers zur Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen unberührt bleibt. Hingegen sollen keine über § 323 HGB hinausgehenden Haftungsansprüche geschaffen werden.

Zu Artikel 1 Nr. 35 (§ 334 Abs. 2 HGB)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 319a Abs. 1 HGB. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu Artikel 1 Nr. 42 Buchstabe a (§ 340k Abs. 2 Satz 3 HGB)

Nach der im Regierungsentwurf vorgesehenen Formulierung für § 340k Abs. 2 Satz 3 HGB würden die genossenschaftlichen Prüfungsverbände bei der Prüfung genossenschaftlicher Kreditinstitute unter die Unabhängigkeitsanforderungen der §§ 319, 319a HGB fallen und insoweit wie Wirtschaftsprüfungsgesellschaften behandelt. Bislang ist dort vorgesehen, dass § 319 Abs. 2 bis 4 und § 319a Abs. 1 HGB auf Prüfungsverbände entsprechend anzuwenden sind. Das heißt sowohl die vom Prüfungsverband eingesetzten Wirtschaftsprüfer als auch – über § 319 Abs. 4 HGB – der Prüfungsverband selbst und seine übrigen Mitarbeiter müssten sich an die Ausschlussgründe halten.

Der Verweis in § 340k Abs. 2 Satz 3 HGB soll nun so eingeschränkt werden, dass die Unabhängigkeitsanforderungen nicht mehr für den gesamten Prüfungsverband als solchen, sondern nur noch für die vom Prüfungsverband für die jeweilige Abschlussprüfung eingesetzten Prüfer und sämtliche Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können (also die Mitglieder des Prüfungsteams sowie weisungsrechtliche Vorgesetzte), gelten. Der Prüfungsverband selbst und alle dort nicht mit der Prüfung befassten Personen sollen nicht erfasst werden. Dies wird insbesondere dadurch erreicht, dass kein Verweis mehr auf § 319 Abs. 4 HGB erfolgt. Das Selbstprüfungsverbot wird damit nur auf die tatsächlich bei der Abschlussprüfung tätigen Prüfer und nicht auf den Prüfungsverband als Ganzes erstreckt.

Diese Sonderregelung für Prüfungsverbände gegenüber Wirtschaftsprüfungsgesellschaften findet ihre Rechtfertigung darin, dass bei den Prüfungsverbänden das wirtschaftliche Eigeninteresse als Bindeglied des gesamten Verbandes nicht so ausgeprägt ist wie bei einer gewinnorientierten und partnerschaftlich organisierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die verschiedenen Organisationseinheiten des Prüfungsverbandes sind nicht in gleichem Maße wie die verschiedenen Teile einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse verbunden, das die Unabhängigkeit bei Vorliegen der Ausschlussgründe gefährden könnte. Auch der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme gebeten, die Besonderheiten der Prüfungsverbände der Genossenschaften und Sparkassen zu berücksichtigen.

Zu Artikel 1 Nr. 42 Buchstabe b (§ 340k Abs. 3 Satz 2 HGB)

Mit der Änderung in § 340k Abs. 3 Satz 2 HGB soll auch für Sparkassen klargestellt werden, dass sich die Unabhängigkeitsanforderungen aus den gleichen Gründen wie bei den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden nur auf die im Rahmen der Prüfungsstelle tatsächlich bei der Abschlussprüfung tätigen Personen beziehen und nicht auf den Sparkassen- und Giroverband als solchen und die in anderen Bereichen tätigen Mitarbeiter des Verbandes.

Zu Artikel 1 Nr. 44 Buchstabe b (§ 340n Abs. 2 HGB)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 319a Abs. 1 HGB. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu Artikel 1 Nr. 49 Buchstabe b (§ 341n Abs. 2 HGB)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 319a Abs. 1 HGB. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu Artikel 2 Nr. 2 (Artikel 25 Abs. 1 Satz 3 EGHGB)

Die Änderung erfolgt aus den gleichen Gründen wie in § 340k Abs. 2 Satz 3 HGB. Wegen der Begründung im Einzelnen wird auf Artikel 1 Nr. 42 Buchstabe a Bezug genommen.

Zu Artikel 2 Nr. 5 (Artikel 58 EGHGB)

Die vorgesehene Einfügung des neuen Satzes 2 in Artikel 58 Abs. 2 beruht auf Folgendem: Die Anforderung, im Lagebericht und im Konzernlagebericht auch auf die künftige Entwicklung der Kapitalgesellschaft bzw. des Konzerns einzugehen, ist künftig in Absatz 1 und nicht mehr in Absatz 2 Nr. 2 enthalten. Daher soll durch eine zusätzliche Übergangsregelung klargestellt werden, dass auch für die laufenden Geschäftsjahre und bis zum Wirksamwerden des neuen Absatzes 1 der §§ 289 und 315 HGB auf die künftige Entwicklung der Kapitalgesellschaft und des Konzerns einzugehen ist. Inhaltlich ergibt sich dies auch aus Artikel 58 Abs. 3 Satz 4 EGHGB-E.

Die in Artikel 58 Abs. 3 Satz 1 EGHGB enthaltene Verweisung auf § 289 Abs. 1 HGB bedarf der Ergänzung auch auf den Absatz 3 dieser Bestimmung.

Zur Schaffung der Übergangsregelung in Artikel 58 Abs. 3 Satz 5 EGHGB sieht sich der Ausschuss aus folgenden Erwägungen veranlasst: Das Wahlrecht in § 292a HGB, einen befreienden IAS-/IFRS-Konzernabschluss aufzustellen, ist bislang auf kapitalmarktorientierte Unternehmen beschränkt. Unternehmen, von denen keine Wertpapiere an organisierten Märkten gehandelt werden, mussten ihren Konzernabschluss nach HGB aufstellen. Für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2004 beginnen, können aber auch diese Unternehmen nach § 315a Abs. 3 HGB, der von dem Wahlrecht in Artikel 5 der IAS-Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 Gebrauch macht, ihren Konzernabschluss ausschließlich nach IAS/IFRS aufstellen. Dieses Wahlrecht soll den nicht kapitalmarktorientierten Unternehmen ausnahmsweise auch schon für die Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2003 eingeräumt werden, indem der Anwendungsbereich des § 292a HGB übergangsweise auf sie erweitert wird. Es wäre eine unnötige Belastung, wenn die Unternehmen, die schon für das Geschäftsjahr 2003 oder 2004 ihre Konzernrechnungslegung – aus welchen Gründen auch immer – auf IAS/IFRS umgestellt haben, parallel für diese Geschäftsjahre noch zusätzlich einen HGB-Konzernabschluss aufstellen müssten, nur weil sie keine Wertpapiermärkte in Anspruch genommen haben.

Mit der Änderung in Absatz 4 Satz 4 und 5 wird die Übergangsfrist für die gegenüber den bisherigen Regelungen verschärften Anforderungen an die Umsatzgrenze und die Rotation (§ 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 4) um ein weiteres Jahr verlängert. Dies soll insbesondere mittelständischen Wirtschaftsprüfern, aber auch den Prüfungsverbänden und Prüfungsstellen der Sparkassen ausreichend Zeit geben, sich auf die neuen und in ihrem Anwendungsbereich erweiterten Anforderungen einzustellen. Die Ausschlussgründe sollen erstmals für Geschäftsjahre gelten, die nach dem 31. Dezember 2006 beginnen.

Die Übergangsregelung für die neuen Unabhängigkeitsregeln (§§ 319, 319a HGB) in Artikel 58 Abs. 4 EGHGB wird insbesondere im Hinblick auf langjährige Beratungsverhältnisse ergänzt. Der grundsätzlich vorgesehene Stichtag 1. Januar 2005 könnte ansonsten in der Praxis zu unbilligen Härten bzw. nicht zu rechtfertigender Doppelarbeit führen. Für die von § 319 Abs. 3 Nr. 3 und § 319a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGB erfassten Tätigkeiten wird die Übergangsfrist in Artikel 58 Abs. 4 Satz 6 EGHGB um ein Jahr verlängert. Die in Satz 1 erforderliche Änderung folgt aus der Anfügung des neuen Satzes 6.

Artikel 58 Abs. 6 EGHGB beinhaltet eine Folgeänderung zur Änderung in Absatz 3.

Zu Artikel 3 Nr. 5 Buchstabe b (§ 11 Abs. 6 Satz 2 PublG)

Der neue Satz 2 des § 11 Abs. 6 PublG regelt, dass ein Konzern nach dem PublG dann, wenn er unter Inanspruchnahme des Unternehmenswahlrechts nach § 315a Abs. 3 HGB freiwillig einen Konzernabschluss nach IAS/IFRS aufstellt, alle Bestimmungen beachten muss, die auch für ein Mutterunternehmen nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs gelten. Das heißt, dass spezifische Erleichterungen, die nur einem PublG-Mutterunternehmen eingeräumt sind, wie z. B. der Verzicht auf die vollständige Offenlegung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 13 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 5 Abs. 4 und 5 und damit auch in Verbindung mit § 9 Abs. 2 PublG, von diesem Unternehmen nicht in Anspruch genommen werden können, weil sie nicht auf ein Unternehmen passen, das IAS/IFRS anzuwenden hat. Es hat sich gezeigt, dass die im neuen Satz 2 vorgesehene Verweisung auf § 315a Abs. 1 HGB zu Missverständnissen dahin gehend führen könnte, dass die Bestimmung evtl. nicht auf solche Mutterunternehmen anzuwenden ist, die IAS/IFRS künftig freiwillig anwenden und dass damit künftig auch ein solches PublG-Mutterunternehmen auf die Offenlegung der GuV verzichten

kann. Aus diesem Grund erfolgt die Verweisung künftig auf den gesamten § 315a HGB.

Zu den Artikeln 4 und 6 (AktG und GmbHG)

Soweit der Bundesrat um Prüfung bittet, die Grenze für das Eigenkapitalersatzrecht von 10 auf 25 % anzuheben, weist der Ausschuss darauf hin, dass die vorgeschlagene Änderung keinerlei Bezug zum Bilanzrecht oder zur Unabhängigkeit der Abschlussprüfer aufweist. Der Ausschuss sieht sich schon aus diesem Grund daran gehindert, dem Anliegen des Bundesrates zu entsprechen. Er weist ferner darauf hin, dass das Petikum des Bundesrates bereits 1998 im Rahmen des Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetzes geprüft wurde. Der Ausschuss gibt zu Bedenken, dass der Vorschlag die Gläubigerinteressen mittelständischer Unternehmen nicht ausreichend berücksichtigt und damit einer Gesetzesänderung nicht zugänglich ist.

Zu Artikel 8 Abs. 2 (HRegGebV)

Mit dem Inkrafttreten des überwiegenden Teils des Handelsregistergebührenneuordnungsgesetzes am 1. Dezember 2004 wird u. a. auch Absatz 2 des § 86 der Kostenordnung aufgehoben (Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe c HRegGebNeuOG). Der bisherige Änderungsbefehl ist daher durch einen neuen, die Handelsregistergebührenverordnung betreffenden Änderungsbefehl zu ersetzen.

Zu Artikel 8 Abs. 17 (SolBerV)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Anfügung eines neuen Satzes 5 in Artikel 58 Abs. 3 EGHGB. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu Artikel 8 Abs. 19 (D-Markbilanzgesetz)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 319a Abs. 1 HGB. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu Artikel 9 (sog. Entsteuerungsklausel)

Im Hinblick auf die an die Stelle der Änderung der Kostenordnung getretene Änderung der Handelsregistergebührenverordnung in Artikel 8 Abs. 2 war die Entsteuerungsklausel diesbezüglich zu ergänzen. Damit wird sichergestellt, dass alle durch das Bilanzrechtsreformgesetz vorgenommenen Änderungen von Rechtsverordnungen, die damit Gesetzesrang erhalten, künftig aufgrund der einschlägigen Ermächtigungsgrundlagen wieder geändert werden können.

Berlin, den 27. Oktober 2004

Olaf Scholz
Berichterstatter

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

Rainer Funke
Berichterstatter

